

Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Seite 45 Pf.

Nr. 39.

Berlin, 28. September 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 437: Genf und die Volksgruppen. — S. 438: Klauen als Fährtenführer. — S. 439: Polen und die baldmöglichste Nationalität. — S. 440: Der politische Weltanschauungsbedarf. — S. 441: Die Was des gelindeten Dinges. — S. 442: Das Problem der Vertretung in den Reichsräten. — Der Staatliche Braut. — S. 443: Von den Deutschen in Polen. — S. 444: Alfred. — S. 445: Der politische Weltanschauungsbedarf. — S. 446: Alfred. — S. 447: Die politischen Umstürze. — Danzig baut den größten Bagger. — Die Döpfung ruht! — S. 448: Eine mittelmäßige Weltanschauung. — Bücher.

Genf und die Volksgruppen.

„Nach eine Zeitlang werden die Dekretäre Eränen vergessen, die Juristen in den Paragrapfen winken und die Pharmazie ihre Kleider zerschneiden, indem sie sich auf Grundzüge dieser Gleichheit aber an kleine Geschäfte denken, die man bei dieser Gelegenheit zustande bringen könnte. Dritten Endes aber wird das moralische Recht liegen.“ So schrieb die halbamtliche „Gazeta Polska“ über den Völkern, der sich in der französischen Presse wegen des polnischen Vorstoßes in der Frage des sog. „Minderheitenschutzes“ erob. Eine der Ursachen dieses Farnes, nämlich die Furcht davor, durch den polnischen Antrag auf Verallgemeinerung des „Minderheitenschutzes“ zu einer, dem nationalstaatlichen Denken höchst unympathischen Diskussion gezwungen zu sein, ist inszwischen von Polen selbst beiläufig worden: In der Politischen Kommission des Völkerbundes kam der polnische Antrag am 21. September zur Sprache. Dabei trat als Hauptsprecher der Weltmacht der englische Großgesandte Eben dem Gedanken einer Verallgemeinerung des „Minderheitenschutzes“ mit recht selbstbeweisigen und sachlich verfochtenen Argumenten entgegen. Es gebe nicht, so meinte er u. a., was eine Ausdehnung dieses Schutzes auf die ganze Welt rechtfertigen könnte, schon deshalb nicht, weil außer im Falle der von den „Minderheitenschutzverträgen“ betroffenen Staaten nirgendwo sonst bestimmte „Volksstämme“ von einem Staat in einem anderen verpflanzt worden seien (!). Eben begnügte sich nicht mit dieser den Kassen milderprechenden Rede, sondern er bestritt darüber hinaus auch noch dem polnischen Staate das Recht, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm durch das Kontrollrecht des Völkerbundes hinsichtlich der Behandlung seiner fremden Volksgruppen auferlegt worden sind. Es sei zwar, so meinte er, das zu erfüllende Ziel, eine solche Kontrolle überflüssig zu machen, aber die Frage der „Minderheiten“ in Polen sei noch nicht hinreichend gefestigt, um schon heute eine Aufhebung des Vertrages von 1919 womöglich zu erscheinen zu lassen.

Während eine Reihe von kleineren Staaten, wie Südländern, Holland und die Schweiz, den polnischen Antrag unterstützten, traten insbesondere die Großmächte diesem Vorstoß der Warschauer Regierung entschieden entgegen. Es ist Polen vermutlich nicht schwer gefallen, diese von vornherein erwarteten und in Rechnung gestellten Gegenwärtigen der maßgebenden Mitglieder des Völkerbundes die nachfolgenden Folgerungen zu ziehen: Da die zur Wahrung notwendig erforderliche Einstimmigkeit keinesfalls zu erzielen war, so zog Polen seinen Antrag auf Verallgemeinerung des „Minderheitenschutzes“ zurück. Es bezieht sich jedoch eine spätere Wiederaufstellung dieser Angelegenheit vor und vertritt nicht auf seine Erklärung vom 13. September, durch die es seine Mitwirkung an der Durchführung des „Minderheitenschutzvertrages“ aufhebt.

Die offizielle „Gazeta Polska“ hat diesen polnischen Standpunkt zum einmaligen deutlich im Ausdruck gebracht: „Die zur Einführung eines allgemeinen, einheitlichen Systems des internationalen „Minderheitenschutzes“ wird die polnische Regierung mit den internationalen Organen auf dem Gebiete der Kontrolle über die Anwendung des Grundgesetzes der billigen und gleichen Behandlung der Minderheiten durch Polen nicht zusammenarbeiten. Wir wollen hier keine Zweideutigkeiten aufkommen lassen. Ohne Rücksicht darauf, welche Beschlüsse gefasst werden, ohne Rücksicht darauf, was irgendjemand irgendwo niederschreibt, ohne Rücksicht darauf, was gesagt wird und was irgendjemand etwas sagt, bleibt diese Erklärung der polnischen Regierung

in Kraft. Ohne anderen etwas aufzumachen, lehnen wir es ab, daß andere versuchen, uns irgendetwas aufzumachen, und besonders, daß sie versuchen, uns das aufzubringen, was sie selbst offen als unrichtig anerkannt haben... Dieser Standpunkt wird nicht geändert. Polen wird auch nicht einen Schritt weichen.“ Es ist also alles „programmäßig“ verlaufen: Polen hat die Verallgemeinerung des „Minderheitenschutzes“ verlangt und, da sich diese Forderung als unüberwindlich erwies, die von ihm erlittene Gleichberechtigung auf „minderheitspolitischem“ Gebiet durch eine eigenmächtige Ablage an die internationalen Kontrollinstanzen des „Minderheitenschutzes“ verwirklicht.

Mit dem Verzicht Polens auf eine weitere Vertretung seines Antrags ist die Lage aber noch nicht geklärt. Vorerst haben sich die maßgebenden Völkerbundesmitglieder noch nicht mit der polnischen Weigerung, ein Kontrollrecht des Völkerbundes in der „Minderheitenfrage“ anzuerkennen, einverstanden erklärt. Für beide Seiten, für Polen (soweit wie für die Weltmacht), ist diese Angelegenheit eine Prestigeangelegenheit geworden. Für Polen handelt es sich um die Verfestigung seiner Gleichberechtigung im Rate der Völker. Für die Weltmacht geht es um die Wahrung ihrer Autorität gegenüber dem eigenmächtigen revolutionärem Vorgehen Polens. Es sei ebenso absurd wie inkonsequent, schreibt das „Echo de Paris“, daß Polen durch sein Verhalten das ungenutzte Beispiel der Revisionen politisch gebe. Die im Völkerbunde maßgebenden Mächte, werden zunächst wohl einmal so tun, als wäre überhaupt nichts geschehen. Sie werden die gegen Polen eingereichten Beschwerden zunächst wohl ohne Rücksicht auf die polnische Erklärung vom 13. September behandeln — vorausgesetzt, daß ihnen noch einmal Gelegenheit gegeben werden sollte, ihren „Eifer“ für lebende „Minderheiten“ der ermarktungssozialen Welt zu beweisen. Wenn es ist trotz der Gegenwärtigen der ukrainischen und Jüden gegen das polnische Vorgehen nicht anzunehmen, daß diese Gruppen jetzt noch im Völkerbunde mit neuen Klagen auftreten werden, so sich leicht vorzusprechen läßt, daß die in diesem Punkte sehr empfindlichen Polen auf eine solche „Provokation“ nicht mit Erläuterungen vor dem internationalen Forum in Genf, sondern mit einem verhöferten Druck auf die betreffende Volksgruppen antworten würden. Sollte sich der Völkerbund aber jetzt einer der alten, lange verschleppten und schon bald vergessenen Beschwerden früherer Epochen erinnern, um an diesen seine „minderheitenfreundliche“ Gefühlsfähigkeit zu erproben, so würde er wohl einem hartnäckigen Schwärzen der Polen auf alle Anfragen, Denkschriften und Beschlüsse begegnen.

Unberührt von dem Streit bleibt zunächst noch die Vielzahl der Beschwerden. Diese ist nicht auf Grund des von Polen abgelehnten „Minderheitenschutzvertrages“, sondern auf Grund des Oberösterreichischen-Abkommens erhoben, das auch nach polnischer Auffassung von der Bescheiden Erklärungen unberührt bleibt. Am 19. September wurde die Eingabe des Prinzen von Pisch, die sich auf die gegen das sibirische Vermögen gerichteten Zwangsmaßnahmen der polnischen Behörden bezieht, im Völkerbundesrat behandelt. Es wurde die Einführung eines „Trierens“ beschlossen, der sich aus je einem Vertreter Spaniens, Mexikos und Australiens, also aus Vertretern von Staaten zusammensetzt, die diese Angelegenheit überhaupt nicht berührt und die für die Psychologie osteuropäischer Volksgruppenfragen nur ein minimales Verbandsmitglied sind. — Was je nach der in Völkerbundeskreisen allgemein verbreiteten Meinung zur Behandlung solcher Fragen beson-

ders geeignet ersuchen läßt. Dieser Dreierauschuß wird sich jetzt alle mit der Pflichten Behörde befassen und, wenn er zu einem Ergebnis kommen sollte, darüber dem Völkerbundrats berichten. Wie erinnerlich hatte die Behörde bereits einmal zu Beginn der Septembertagung des Völkerbundes auf der Tagesordnung gestanden. Sie wurde damals jedoch aus nicht näher bezeichneten Gründen vertagt. Damals wäre es vielleicht durch ein rasches und bestimmtes Eingreifen möglich gewesen, die unmittelbar bevorstehende Verbündung der Zwangsorganisation über den Pflichten Völk zu verhindern. Es gehört zu den „besonderen“ Methoden des Völkerbundes, sich um den Vorrang immer erst dann zu kümmern, wenn das Kind hineingehört ist.

Um übrigens ist es recht interessant zu sehen, mit welcher Benüchtigung die Weltmächte den Entschluß Polens, auf eine weitere Verbündung seines Antrages zu verzichten, begrüßen. Ein förmliches Aufatmen ging durch die französische und englische

Presse und selbst in einigen Pariser Blättern fanden sich wieder einmal ein paar freundliche Worte für Polen. Andererseits konnte es natürlich vor allem die englische Presse nicht unterlassen, den Polen noch nachträglich wegen ihres „Brüskes Vorgehens“ und „ungeheuerlichen Vernehmens“ eine Gardienpredigt zu halten. Um Gründe genommen aber sind sie doch froh, so einfach aus der ihnen peinlichen Affäre befreit werden zu sein. Es heißt, daß die Völkerbundsverammlung sich mit der von Polen angeführten Frage jetzt nicht mehr befassen wird, daß diese Frage aber die Ende Oktober oder Anfang November stattfindende Tagung des Völkerbundrats erneut befechtigen soll. Daß dahin aber werden es — um mit den Worten der „Gazeta Polska“ zu sprechen — die Juristen aufzugeben haben, mit den Fotografen zu winken, werden die Pharmazisten die Jerezreife ihrer Kläder als eine nutzlose Demonstration eingestuft und die Schreiertruppe aufgebört haben zu meinen. Dr. K.

Litauen als Friedensförder.

Eine neue Memelbehörde.

Der Vizepräsident des Memellandtages, Schulrat Meyer, hat in Genuß einer Besprechungsfrist über den litauischen Terror in Memelgebiet überredet. Schulrat Meyer ist zur Zeit der einzige bekannte Vertreter des Memeldeutschstums, der noch die für einen solchen Schritt erforderliche persönliche Bewegungskraft besitzt. Er kommt als Vertreter eines Entgegenkommens der litauischen Behörden; die bedeuten es sicher außerordentlich, ihn nicht zu den übrigen Deutschen ins Gefängnis locken zu können. Doch er noch frei ist und sich für seine memelländische Heimat einsetzen kann, ist vielmehr dem glücklichen Zufall zu danken, daß er sich gerade in der Zeit, in der die letzte, noch heute andauernde Terrorwelle der Litauer im Memelland einsetzte, krankheitsbedingt in Deutschland aufhielt. Die Besprechungsfrist, die Schulrat Meyer jetzt nicht dem Völkerbund, sondern den Signatarmächten des Memellandtags eingeräumt hat, umfaßt mehrere hundert Seiten. Sie legt im einzelnen die Anlagen vor, die das Memelgebiet gegen die litauische Regierung erhält. Sie beginnt mit einer Darstellung der planmäßigen litauischen Bedrohungen des Direktoriums Schreiber. Sie geht ein auf die Strafen, die der Kriegskommandant gegen Hunderte von Memelländern aus den geringsten Anlässen und meist sogar auf Grund falscher Anschuldigungen verhängte. Sie behandelt das ungerechtfertigte Vorgehen der litauischen Behörden gegen die deutschen, angeblich staatsfeindlichen Parteien und wiederlegt die frei erfundenen oder an den Haaren herbeigezogenen Verhuldigungen dieser Parteien und ihrer führenden Männer. Weiter werden die ungerechtfertigten Beamtenentlassungen des sogenannten Gesetzes zum Schutz von Polen, die Entlassung der russischen Beamten durch das Direktorium Schreiber, die Verhinderung des Memellandtags und all die jählichen anderen Verträge behandelt, die sich die litauischen Behörden gegen das Memelland in ununterbrochener Folge haben zuzulassen kommen lassen. Nach der eingehenden, durch zahlreiche Dokumente belegten Anklage stellt die Denkschrift die grundsätzlichen Forderungen auf, deren Verwirklichung das Memeldeutschstum von den Signatarmächten ermarret und zu verlangen berechtigt ist. Diese Forderungen befragen:

1. Die beiden wichtigsten Organe der Autonomie, nämlich Direktorium und Landtag, müssen wieder in ihre verfassungsmäßigen Rechte eingesetzt werden.
2. Der Kriegskommandant muß endlich aufgehoben und die verfassungsmäßige Rechtskraft jeder Einwohnern des Memelgebietes ohne Unterschied der Nationalität, der Sprache und der Rasse garantiert werden.
3. Das litauische Gesetz zum Schutz von Volk und Staat darf nicht mehr dazu benutzt werden, die lebenswichtigsten, international garantierten Rechte des Memelgebietes auszufolken.
4. Die Bestimmungen des litauischen Gerichtsverfassungsgesetzes dürfen nur dann Anwendung finden, wenn die Zuständigkeit der Gerichte des Memelgebietes nicht ausreicht.
5. Alle willkürlichen Verwaltungsmaßnahmen des Direktoriums Reissigs müssen rückgängig gemacht werden.
6. Die Schulspflicht muß uneingeschränkt der Zuständigkeit der lokalen Gewalten unterstellt werden, und
7. Die im Memelland garantierte Gleichberechtigung beider Sprachen muß auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens sichergestellt werden.

Die Denkschrift stellt eine vernünftige Anklage gegen die litauischen Beamtenentlassungen im Memelland dar. Wenn es die Signatarmächte, England, Frankreich, Italien und Japan, mit den Pflichten, die sie zum Schutz des Deutschstums in dem gegen seinen Willen vom Reich losgerissenen Gebiete freiwillig übernommen haben, nur einmüßig genau nehmen wollten, dann würden im Memelland binnen kürzester Zeit wieder geordnete Verhältnisse herrschen. Ein kleiner Wink aus London hat seinerzeit ausgereicht, um die bereits vom Gouverneur Raokas unterzeichnete Auflösung des Memellandtages, die schon in einem Teil der litauischen Presse als völligen mitgeteilt worden war, rückgängig zu machen. Ein Kollektiv der Signatarmächte hätte zum mindesten ein solches diplomatisches Protest benennen lassen, sondern die wirtschaftliche Repressalien in Aussicht stellen, würde jetzt ausreichen, um die illegalen Herrlichkeit

des Direktoriums Reissigs, der ehregeigen Herrschertrolche des Gouverneurs und der omgahenden Willkür des Kriegskommandanten ein rasches Ende zu bereiten und die entgeisterte Phantasie der politischen Machthaber in Ruhen wieder in vernünftige Bahnen zu lenken. London, Rom und Paris sind gesammterg berechtigt gegenüber der politischen Kritik an dem Unangenehmlichkeiten des Memelgebietes dessen Vorgehens zu rüden und die meißelnde Welt von der Notwendigkeit seiner Verbeibaltung im Interesse der von den Erb- und Nachfolgestaaten des Ostens bebrachten Volksgruppen zu überzeugen. Nun, hier in der Memellandfrage haben sie an einem typischen Falle Gelegenheit, den Ernst ihrer Absicht, den Bedrängten zu helfen, und die Eignung ihres Systems, wirklich zu schützen, vor aller Welt zu beweisen!

Zwei Drittel aller Beamten und Angestellten entlassen.

Über die Entlassungen von Beamten, Lehrern und Angestellten in Memelgebiet, die durch das widerrechtlich eingeseßte Direktorium Reissigs seit dem 28. Juni 1934 vorgenommen wurden, liegen nunmehr endgültige Zahlen vor. Danach wurden 538 Beamte durch fristlose Entlassung des Memelgebietes und Suspendierung betroffen, und zwar 58 Beamte durch fristlose Entlassung, 50 Beamte durch Suspendierung und die übrigen durch Kündigung, die sich selbst bis zum 1. Oktober ausgemerkt haben wird. Auf die einzelnen Behörden verteilen sich die Entlassungen wie folgt:

Stadtverwaltungsamt	163
Direktorium	75
Polizeiverwaltung	25
Vollzugsverwaltung	95
Schulverwaltung	18
Katasterverwaltung	16
Vorbereitungsanstalt	43
Bewaltung des Landkreises Memel	15
Kreisverwaltung Heydekrug	20
Kreisverwaltung Pogegen	9
Industrie- und Handelskammer	24
Handwerkskammer	5
Bankwirtschaftskammer	6
Außerem:	
Landräte	3
Kreisräte	2
Kreisraträte	2
Amtsvorsteher	20
Standesbeamte	3
	538

Zu dieser Zahl kommen noch hinzu die durch die litauischen Behörden verfügten Entlassungen von 175 Memelländern aus dem Staatsbürgerschaft und 135 Verurteilungen von Memelländern nach Groß-Litauen, ferner die im Januar 1934 verfügten Entlassungen von über 100 reichsdeutschen Lehrern. Da in den Verwaltungen des Memelgebietes 800 Beamte und Angestellte beschäftigt sind, sind durch das Direktorium Reissigs rund zwei Drittel aller in dienst befindlichen memelländischen Beamten und Angestellten zur Entlassung gekommen. Es handelt sich dabei um eine politische Maßnahme. Dem Direktorium Reissigs kommt es in erster Linie darauf an, Angehörige der litauischen Minorität, die im Landtag nur durch fünf von 29 Abgeordneten vertreten ist, in die Beamten- und Angestelltenstellen der memelländischen Verwaltung hineinzubringen.

Den entlassenen, beurlaubten und suspendierten Beamten wurden von den illegalen litauischen Behörden abendrein noch die Dienstbezüge mitsamt der Pensionen in voller Höhe zugesprochen. Die nach Aussage der litauischen „Gazeta“, in den Gehaltsstufen beliebig heruntergesetzt. Die betroffenen Beamten haben nicht die Absicht, sich diese Willkürmaßnahmen von Leuten, die sich — wie J. — der illegale kommissarische Oberbürgermeister von Memel, Simonaitis — selbst beträchtliche Gulagen zu ihrem Gehalts beizulassen, gefallen zu lassen. Sie werden gegen die Verwaltung Klage erheben. Ein Beamter des Memeler Magistrats, der als früherer preussischer Beamter auf Lebenszeit angestellt ist und von Simonaitis sofort bei dessen Amtsantritt zurückbeurlaubt und dann vom Dienst suspendiert wurde, hat 800 in Memel erwerbende Familien in eine einflussreiche Verfügung ermt, monach ihm die Kürzungen

nachzuzahlen sind. In der Begründung dieser einstimmigen Verfügung heißt es, daß die Kürzung auf eine Anordnung des kommunalfreien Oberbürgermeisters erfolgt sei, ohne Mitwirkung oder Genehmigung der städtischen Körperschaften. Es könne dahingestellt bleiben, ob Simonaitis überhaupt berechtigt sei, die Verfügung des Oberbürgermeisters auszusprechen, da es an dem notwendigen Voraussetzungen für die Stellung eines kommunalfreien Oberbürgermeisters fehle. Selbst wenn ihm die Amtsbevollmächtigung eines solchen zuzurechnen würde, sei er zur selbständigen Regelung der Gehälter der städtischen Beamten durchaus nicht befugt. Seine Anordnung stelle einen willkürlichen, bewußt geschwätzigen Eingriff in die Rechte der städtischen Körperschaft und der städtischen Beamten dar. Auch der Befehl des Direktorsiums, auf den Simonaitis seine Anordnung stütze, ermächtige ihn nicht dazu, denn einmal sei auch das Direktorium nicht berechtigt, eigenmächtig die Dienstbesätze der städtischen Beamten zu kürzen. Selbst wenn es aber eine entsprechende Anordnung treffen könnte, wäre zur Kürzung nicht der Oberbürgermeister, sondern nur die hierfür zuständige Körperschaft berechtigt. Als Direktorium sowohl als auch Simonaitis hätten sich Rechte angemaßt, die ihnen nicht zuzurechnen, so heißt es am Schluß der Urteilsbegründung des Memeler Vangerrichts.

Deutsche Geistliche entlassen.

Die Antireligionspolitik ist nimmer auch auf das kirchliche Leben der Memelbevölkerung ausgedehnt worden. Der Gouverneur hat am 24. September verfügt, daß zehn memeländischen Geistlichen die Arbeitsgenehmigung und das Recht überlassen ist, als geistliche Bediensteten einzusetzen zu werden. Von diesen zehn Geistlichen sind sieben Reichsdeutsche, zwei rumänische Staatsangehörige und einer staatenlos. Sämtliche sind deutsche Volksstammangehörige. Neun sind evangelische, einer ist katholischer Seelsorger. Die meisten von ihnen sind noch aus der Zeit vor der Angliederung des Memelgebietes an Litauen im Amt. Bei den Entlassenen handelt es sich um folgende Geistliche (in Klammern die Termine der Dienstenthebung): Der deutsche Reichsangehörige kath. Pfarrer Leo Olschewski in Wilkshilf (18. 10. 34), der deutsche Reichsangehörige evang. Pfarrer Adolf Studier in Wilschken (4. 9. 34), der staatenlose evang. Pfarrer Gottfried von Miltner (in Rinten (1. 11. 34), der deutsche Reichsangehörige evang. Pfarrer Kurt Meyer in Karkelbe (1. 11. 34), der deutsche Reichsangehörige Johannes Spallies in Wannagons (1. 11. 34), der deutsche Reichs-

angehörige evang. Pfarrer Friedrich Okjas in Saugern (15. 12. 34), der deutsche Reichsangehörige evang. Pfarrer Paul Jellinghaus in Wilkshilf (15. 12. 34), der deutsche Reichsangehörige evang. Pfarrer Johannes Rappke in Wdden (15. 12. 34), der rumänische Staatsangehörige evang. Pfarrer Johannes Krasna in Saugern (15. 12. 34) und der rumänische Staatsangehörige evang. Pfarrer Otto Reiner in Memel (1. 1. 35).

Nach Artikel 5 des Memelstatuts gehört die Regelung des religiösen Lebens einseitig zum Geschäftsbereich der autonomen Gemalt des Memelgebietes. Deshalb bedeutet diese Maßnahme einen neuen schwereren Eingriff in die autonomen Rechte des Memelgebietes. Die Maßnahme wird sich insbesondere noch deshalb schwer auf das kulturelle und religiöse Leben des Memellandes auswirken, weil Litauen nicht in der Lage ist, die geeigneten Ersatzkräfte zu stellen.

Die Ausländer im Memelgebiet.

Nach Mitteilungen der Litauischen Telegraphenagentur wohnen am 31. August 1934 im Memelgebiet 48 244 Ausländer, darunter die Zahl der Ausländer im vergangenen Jahr um dieselbe Zeit 4611 betrug. Am 31. August d. J. waren unter den im Memelgebiet wohnenden Ausländern 2 143 deutsche Staatsbürger gegenüber 2111 im vergangenen Jahr. Die deutschen Staatsbürger arbeiten im Memelgebiet auf den verschiedensten Gebieten, und zwar in der Landwirtschaft 227 (im vergangenen Jahr 190), 145 (146) als Handwerker, 19 (21) als Geistliche, 9 (12) als Ärzte, 21 (18) als Ingenieure, 148 (169) als Arbeiter, 11 als Techniker, 87 (89) als Kaufleute, 46 (86) als Lehrer, 112 (12) als Schüler, 8 (17) als Künstler, 8 (17) als Angehörige in kulturellen Einrichtungen, 102 in anderen Einrichtungen usw.

Außer diesen deutschen Reichsbürgern gibt es noch 1 123 deutsche Optanten, unter denen sich 193 Handwerker, ein Ingenieur, 235 Arbeiter, 20 Techniker, 52 Kaufleute, 14 Lehrer, 79 Angehörige in privaten Betrieben usw. befinden. Außerdem wohnen am 31. August im Gebiet 756 (759) Staatenlose. Ferner wurden gezählt 12 Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika, 15 Ausländer, 7 Österreicher, 2 Belgier, 1 Brasilianer, 19 Ehrengriechen, 19 Dänen, 14 Estländer, 5 Italiener, 14 Litauer, 2 Polen, 3 Rumänen, 4 Holländer, 1 Franzose, 8 Rumänen, 12 Slowaken, 9 Ungarn, 42 Deutsche und 2 Saarländer. Die Zahl der deutschen Optanten ist von 1933 bis 1934 um 187, diejenigen der übrigen Staatsangehörigen und Staatenlosen um 31 bzw. 3 gestiegen.

Polen und die bolschewistische Ratsmacht.

Polen gehört zu den Staaten, die die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund am unmittelbarsten berührt. Wenn die polnische Regierungspresse jetzt schreibt, daß Warschau niemals daran gedacht habe, eine Einladung Moskaus zur Teilnahme an den Arbeiten der Genfer Institution Schwierigkeiten zu machen, so mag dies wohl stimmen. Aber diese Feststellung bedeutet nicht, daß Warschau über die Einlösung des Aufwandes in die europäische Politik dessen Brennpunkt geworden hat. Wenn es sich diesen von langer Hand vorbereiteten Plänen des Quai d'Orsay jetzt widersetzt hat, so u. a. wohl deshalb, weil sein etwaiger Widerspruch eine Erhebung der polnisch-russischen Beziehungen zur Folge gehabt haben würde. Das will Warschau gerade in der gegenwärtigen Situation unter allen Umständen verhindern. Es rechnet damit, daß Rußland jetzt, nachdem es Mitglied des Völkerbundes geworden ist, zu einem beachtlichen Faktor der europäischen Politik werden kann. Und es zieht aus dieser Voraussetzung den Schluß, daß es für Polen nur nützlich sein kann, mit diesem neuen Mitglieder der Liga der Nationen möglichst in mittelbare Beziehungen zu unterhalten. Der Con liegt dabei auf dem Wort „in mittelbare“. Polen wünscht nicht, daß es einmal genötigt wird, mit seinem östlichen Nachbarn auf dem Limoge über Genf oder Paris zu verhandeln. Doch Polen Grund hat, sich über das Genfer Auftritten der Bolschewiken zu freuen, hat noch kein ernst zu nehmendes Blatt in Polen bebauptet. Nur eines könnte Polen vielleicht als eine „erfreuliche“ Folge dieses Ereignisses verbuchen, die Tatsache nämlich, daß die Wahrscheinlichkeit einer Zusammenberührung zwischen Deutschland und Rußland, in der Polen stets eine Verbroderung seiner eigenen Sicherheit glaubte haben zu müssen, heute nicht mehr besteht. Aber das kann mit der anderen Tatsache, daß Polen heute unter dem Druck einer sich immer enger gestaltenden französisch-russischen Zusammenarbeit geraten ist, doch nur wenig verfohlen.

Auf einem Gebiete hat es schon Vorzüge getroffen, daß der Völkerbund nicht eines Tages etwa in die Versuchung kommt, sich in die polnisch-russischen Angelegenheiten zu mischen. Es handelt sich hier um das „Minderheitenproblem“. Polen mußte mit dem Auftritten Rußlands als Ratsmacht im Völkerbunde befürchten, daß dieses seine neue Stellung bei gegebener Gelegenheit einmal dazu benutzen werde, um beiden Russen, Ukrainern und Weißrussen den der polnischen Bevölkerung am schmerzhaftesten nach dem Verstehen zu sein, und möglich ist, daß der Genfer Apparat mit dieser Angelegenheit zu befaßt. Oberst Beck hat es verstanden, die Sowjetunion noch vor ihrer Aufnahme in den Völkerbund zum Verzicht auf dieses ihr als Ratsmacht zuzurechnende Recht, dem kein entsprechendes Recht Polens in bezug auf die „Minderheiten“ in der Sowjetunion gegen-

übertritt, zu bewegen. Nach einem polnisch-russischen Notenwechsel vom 10. September sollen alle etwaigen Streitfragen zwischen den beiden Staaten nicht dem Schiedsverfahren vor einer internationalen Institution unterworfen sein, sondern auf Grund des Art. 5 des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes, also auf direkte Wege, ihre Erledigung finden. Weber Genf noch Paris werden also Gelegenheiten haben, sich mit Hilfe irgendeiner juristischen Klausel zwischen Fremd- und Selbstrecht zu schäben. Polen wünscht nicht, daß seine mit dem Nichtangriffspakt und dem Sommet über den Begriff des „Ingraves“ geschlossenen Beziehungen zu Moskau durch dessen Eintritt in den Völkerbund hören zu lassen. Es hofft wohl auch, auf diese Weise einen größeren Einfluß auf den Gang der Moskauer Politik ausüben zu können.

In letzter Zeit ist es stiller um den OHPakt geworden. Reichsaussenminister von Neurath hat am 20. September den deutschen Standpunkt in dieser Frage noch einmal u. a. mit folgenden Ausführungen auf der Schlußtagung des internationalen Streifenkongresses erläutert: „Wenn Ichheit aus die Beteiligung an einem Diktaturnotwendig, dann hat allen Staaten verschafft werden sollen, sich im Kriegesfall sofort mit allen militärischen Kräften zu unterstützen. Gleichzeitig erklärt man mit aller Offenheit und Bestimmtheit, daß unser Beitritt zu diesem Diktaturnotwendig natürlich nicht etwa die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Küstengebiet in sich beschliesse, sondern daß man höchstens aus Inkrafttreten des Systems überlegen könne, ob und in welcher Weise es möglich sei, die internationale Behandlung der Küstengebiet wieder aufzunehmen. . . . Konnten die beteiligten Regierungen wirklich im Ernste annehmen, daß Deutschland in der Lage sei, sich auf eine solche Zustimmung einzulassen? Da Rußland bei solch geringer Teilnahme verlor. Die Absicht aber, die ihm zugrunde liegt und die durch ihn einermöglichen „friedlich“ getarnt werden sollte: die Einkreislung Deutschlands, wird auch bei einem etwaigen einseitigen Scheitern des Diktaturnotes weiter verfolgt werden. Das französisch-russische Bündnis und die österreichische Frage haben dabei im Vordergrund das Interesse.“

Der polnische Regierungsblock.

Am polnischen Regierungslager spielen sich zur Zeit mannigfaltige Kämpfe ab, teils offen, teils hinter den Kulissen, teils politisch, teils sozial begründet, teils perfönlich. Der Urtanke Flügel und die radikale Jugend sind in diesen Kämpfen die angreifende Seite; die Konserwativen stehen in der Verteidigung. Gekämpft wird um den Kurs der Landwirtschaftspolitik, um die Juratordner Affäre, um die Einstellung zu kirchlichen Fragen und nicht zuletzt auch um das Judenproblem. Die Frage ist ziemlich unbedinglich, Man möge sich nicht mehr, vor gegen mein, nur und somit kommt. Offensichtlich ist nur, daß die konserwativen Großagrarien in der landwirtschaftlichen Frage den kürzeren gezogen haben, daß sie nicht mehr imstande sind, die „Wendebildung“ vorzuziehen, die sich auf Kosten ihrer wirtschaftlichen Formgestaltung vollziehen müßte, zu verhindern. Immer dringlicher fallen sich auch die innerpolitischen Hintergründe des Streites um Juratordner erkennen. Die Einkünfte beuten die Ungelegenheit und andere Skandaloffiziere mit Eifer dazu, die wirtschaftliche Position des konserwativen Adels auch auf industriellem Gebiete zu schwächen, indem sie keine Bedenken tragen, herortragende Mitglieder der konserwativen Gruppe, wie z. B. den Grafen Heinrich Potocki und den Senator Wastorek, in einen nicht unbegründeten Zusammenhang mit diesen Affären zu bringen. Mehr im Hintergrunde spielen sich die Auseinandersetzungen über die kirchlichen Fragen ab. Während sind hier die jüngeren Kreise der Regierungsklasse, die durch ihre Einstellung schon mehrfach das offene Gegenüber der polnischen Episkopats herausgefordert haben. Die Angriffe der Jungen richten sich dabei nicht weniger gegen den Katholizismus als solchen als gegen die Rolle, die der Klerus im politischen Leben Polens spielt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht nur die radikale Jugend der Jungen, sondern auch maßgebende Kreise der Regierung komföndlich eingestellt sind und hinter der Oesterpopolitik des Vatikans polenfeindliche Machenschaften vermuten. Die Pos- non- Rom- Bewegung ist in Polen zum mindesten nicht unpopulär. Es ist bezeichnend, daß die Vordenker der polnischen Wäpfele in Bezug auf die „antichristliche“ Tätigkeit der radikalen Jugend keine entsprechenden Maßnahmen von Seiten der Regierung ausgestellt haben.

Die Regierung scheint sich den zum Teil recht verwickelten Ideologien und Zielen „ihrer“ Jugend gegenüber nach wie vor auf dem Standpunkt des Gemüßens und Ausweichen zu stellen. Da sie selber kein fest umrissenes politisches Weltbild vertritt, scheint diese abwartende Haltung für sie das Gebotene zu sein. Nur dort, wo die Aktivität der Jugend ihr geeignet erscheint, die innerpolitische Opposition zu färbken, hat sich die Regierung bisher zu einem Eingreifen entschlossen, wie es z. B. gegenüber den Nationalradikalen und den Nationalisten mit auch gegenüber der radikalen Sozialistischen Jugend die sich kürzlich in Oberbeselien gebildet hatte, der Fall war. Am liebsten aber scheint sie sich darauf zu verlassen, daß die verschiedenen und oft ungebärdigen Ströme der jugendlichen Aktivität schon einmal irgendwie in das breite Bett des Regierungstromes einmünden werden und daß

es eines Tages auch einmal möglich sein werde, dieses heute noch in vielen Richtungen fließende und jobrtliche, einen klaren Kurs hinterher die Sandböden anstreichende Strombett zu regulieren.

Kamentlich in der polnischen Oppositionsprelle wird allerlei über die inneren Kämpfe im Regierungslager geschrieben. Die Darstellungen dieser Presse haben die offizielle „Gazeta Polska“ kürzlich zu einer Entgegnung veranlaßt, die für die betreffenden Nachrichten und Gerüchte als „albernes Gschwätz“ abtun vermag. Sie bemerkt sich, die Auseinandersetzungen, die bereits stark in die Öffentlichkeit gedrungen sind, als vorübergehende Begleiterscheinungen eines ebenso notwendigen wie natürlichen Reinigungsprozesses darzustellen. Der Regierungsblok, schreibt sie, habe eine Aufgabe, die von Zeit zu Zeit an jede politische Gruppe herantritt, zu lösen; er habe in allen Abteilungen dieses Blocks den ganzen Schlam, Schmutz und Dünat auszulassen, der sich in ihnen festgesetzt hat. Dies sei eine ebenso normale Aufgabe wie das Ausschäumen eines Teiches, wie das Reinigen eines Dampfes von den angelegten Pfannen. Es sei das aber keine politische Arbeit. Rein, sondern eine gewöhnliche und unangenehme, vielfach menschliche Arbeit. Wenn man dies einen Kampf nennen dürfe, so müsse man ihn direkt als einen Kampf mit der Schweißarbeit bezeichnen, jedoch durchaus nicht als einen Kampf mit irgendwelchen politischen Ansichten. Erst wenn entgegen den Grundsätzen der menschlichen Ethik eine Gruppe des Regierungsblocks diese Arbeit nicht mehr leisten will, sondern die Gerichte über ihre innere Kämpfe im Regierungsblok eine Vernehmung. Da dies aber nicht der Fall sei, sei alles, das darüber gesagt werde, nur „albernes Gschwätz“.

Danach wäre also — bis auf das notwendige Ausschäumen — im Regierungsblok alles in bester Ordnung. Aber die Fälle des Potocki, Dobiecki und Caragowski, zu denen noch die Fälle des Sejm- abgeordneten Wajtkowski, des Kieler Wojwoden Wladislaw und des Senators Bzjorek hinzukommen sind, sind nur der Vorrede und der Ereignis, die sich im Regierungsblok abspielen. Dahinter stehen Gegensätze sozialer und weltanschaulicher Art. Es ist nur natürlich, daß in einem so verschiedenartig zusammengesetzten Gebilde wie dem polnischen Regierungsblok von Zeit zu Zeit Gegensätze aufkiffen, daß dort Anschauungen und Interessen miteinander ringen. Es hat im Regierungslager niemals völlige Einmütigkeit und Ruhe gebrüht. Es hat dort immer ein Schieben und Drängen der verschiedenen Kräfte gegeben. Es war schon oft von einem Auseinanderfallen des Blocks die Rede, wie auch davon, daß der Block aufstehende Kräfte an sich heranziehen und in sich aufnehmen werde. Der Unterschied gegen früher ist nur der, daß die Enden heute stärker auseinandergerissen, daß dieses Kurs sich gegen diejenigen Kreise anzieht, die bisher zu den maßgebendsten nicht nur im Block, sondern im öffentlichen Leben Polens überhaupt gehört haben, und daß jetzt auch Fragen in die Debatte geworfen werden, die — wie das Juden- und Judenproblem — bisher stets vor sich abzuwehen worden sind.

Offland-Woche.

Deutsche Kunsthistoriker in Polen.

Zur Zeit befinden sich einige deutsche Kunsthistoriker auf einer mehrwöchigen Fahrt durch Polen, die dem Studium der dortigen Kunstdenkmäler gilt. Es sind dies Prof. Dagobert Frey-Dreslau, Dr. Grundmann-Dreslau und Prof. Engelhardt Hempel-Predsen. Sie beabsichtigen zunächst die Kunstdenkmäler in der Wojewodschaft Kielce, besonders in Jendzbrzejow, Koprzywnica, Suliszow, und begaben sich dann über Sambratyn nach Baranow, wo sie das Renaissancechloß besichtigen, und fuhren dann über Carlowa, Wisnicz nach Krakau. Dort galt ihre Aufmerksamkeit in erster Linie der Marienkirche, die dem berühmten Altar des Albrecht Dürer geweiht ist. Sie besuchten ferner das Kloster der Kamaldulenser in Bielisz, das Schloß in Wola Jankowka und die Ruinen der früheren Abtei von Tarnob, von wo sie die Weiterreise über Sucha, Rakka, Lesznica, Dobno, Alt-Sandez, Grybow, Gorlice, Krosno, Rzeszow und Przemyśl fortsetzten. Dann führte die Fahrt an der Güzümpre Polens entlang und durch Ostpolen nach dem Nordosten, wo insbesondere das an Kunstdenkmälern reiche Wilna besucht wird. Ihren Abfahrl wird die Studienfahrt in Warschau finben.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsvereinbarungen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsvereinbarungen, die im Juni ins Stocken geraten waren, sind seit kurzem wieder in Fluß gekommen. Deutscherseits wird der Abschluß eines Kompensationsabkommens erstrbt, da bei der derzeitigen Situation Deutschlands auch andere Art an eine Steigerung des beiderseitigen Warenverkehrs nicht zu denken ist. Polenseits hat man sich mit dieser deutschen Auffassung jetzt endlich befreundet. Man müßte aber mit dem Abschluß eines Kompensationsabkommens den Abschluß eines Leasingabkommens zu verbinden, der die vollständige Deckung der polnischen Vereinbarungen in Deutschland auch in Zeiten einer gebemten Devisennotung durch die Reichsbank sichern soll. Von polnischer Seite wird ein solches Abkommen, das z. B. die jetzt stöckende polnische Holzexport nach Deutschland wieder in Fluß bringen könnte, dringend gewünscht.

Auflösung des Verbandes zur Förderung der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.

Der „Verband zur Förderung der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen“, der unter dem Vorhitz des polnischen Abgeordneten des Danziger Volkstages, Dr. Moczynski, steht, hat beschlossen, seine Tätigkeit — zunächst auf ein Dauer von zwei Jahren — einzustellen. Der Verband wurde ursprünglich, als der Danzig-polnische Wirtschaftskonflikt, besonders scharfe Formen annahm, mit dem Zweck ins Leben gerufen, die innere Wirtschaftsentwicklung der Danziger Wirtschaft gegenüber Polen zu fördern. Das Büro des Verbandes wird jetzt aufgelöst. Das Verbandsorgan stellt sich Ertreiben ein. Die Auflösung ist eine logische Folge der letzten wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen des Danziger Senates, insbesondere der Begründung der Danziger Außenhandelskammer, in deren Präsidium der polnische Volkstagsabgeordnete Dr. Moczynski berufen wurde. Die Begrenzung der Geltungsdauer des Verbandes auf zwei Jahre stimmt mit der vorläufigen Laufzeit der Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommen vom 6. August d. J. überein.

Der Weltmarkenverein.

Der „Verband zur Verteidigung der Weltmarken“ (kurz Weltmarkenverein) hat auf einer Tagung seines Oberlen Rates eine Änderung seiner Satzung beschlossen. Die Satzung soll am 18. und 19. November in Warschau zusammenzutretenden Delegiertenversammlung zur Beschließung vorgelegt werden. U. a. soll der Name des Verbandes in „Polnischer Weltmarkenverein“ umgewandelt und der Sitz des Verbandes von Polen nach Warschau verlegt werden, über die Gründe und die Ziele dieser Änderungen lassen sich nur Vermutungen anstellen. Es ist aber anzunehmen, daß die Regierungskreise beibehalten sind, bis bisher stark unter nationaldemokratischem Einfluß stehenden Verband mehr in die Hand zu bekommen.

Ein Rüstebund-Flugblatt in polnischer Sprache.

Der Deutsche Rüstebund, Hamburg, der gegen das Verfallende Diktat, die Kriegsschuldfrage und die Dreihelbe rund 50 deutsche und 150 fremdsprachige Flugblätter geflossen hat, bringt nunmehr ein Flugblatt in polnischer Sprache heraus. Es benützt sich um das Flugblatt des nationalpolitischen Deutschenbundes der Reichsheimatler (Nr. 679), es enthält einen Auszug aus der Rede des Reichsheimatler Dr. Goebbels in Warschau gehalten hat. Die Abgabe erfolgt unentgeltlich.

Museumbau in Kattowitz geplant.

Bereits seit einer Reihe von Jahren besteht in Kattowitz ein Museum, das von der Wojewodschaft mit bedeutenden Mitteln geschaffen und vorläufig in einer Anzahl von Räumen des Wojewodschaftsgebäudes untergebracht ist. Für dieses Museum soll nunmehr ein eigenes Gebäude errichtet werden. Ein vor zwei Jahren ausgeschriebener Wettbewerb erbrachte 30 Entwürfe, von denen jedoch keiner für geeignet befunden wurde. Infolgedessen hat der Wojewode Dr. Starynski einen Ingenieur Schayer beauftragt, einen Entwurf für das Museumsgebäude auszuarbeiten. Es soll ein Monumentalbau in Eisen, Beton und Glas werden und seinen Platz in nächster Nähe des Wojewodschaftsgebäudes erhalten. Die Grundsteinlegung ist für das kommende Jahr vorgesehen. Das Museum soll Abteilungen für Geologie, Vorgeschichte, Volkskunde, Kunst u. m., dazu Säle für Sonderausstellungen, Arbeitsräume u. m. enthalten. Die Ausarbeitung des Bauplans ist ein Berat eingeleitet worden, dem Professoren der Technischen Hochschulen Lemberg und Warschau und eine Anzahl hervorragender Museumsfachleute angehören. Bei der Großzügigkeit, die bei dem Kattowitzer Wojewodschaftsgebäude und anderen Repräsentationsbauten bereits gezeigt worden ist, kann man annehmen, daß auch an dem künftigen Museumbau nichts gespart werden wird, um eine Sehenswürdigkeit zu schaffen.

10 000 Volksschullehrer zu wenig!

Die polnischen Lehrerorganisationen haben beschlossen, eine Denkschrift über die schwere Lage des Volksschulwesens an die Regierung zu richten. Sadkreise berechnen, daß man die Zahl der Stellen um etwa 10 000 erhöhen müßte, um der allgemeinen Schulpflicht Genüge zu tun. Notwendig sei auch der Bau neuer Volksschulen.

Der polnische Episkopat gegen die staatlichen Festtage.

Vom 5. bis 7. September fand in Eschenloshaus eine Konferenz des polnischen Episkopats in Anwesenheit der beiden polnischen Kardinalen, von fünf Erzbischöfen und 24 Bischöfen unter dem Vorsitz des Kardinals Rekonwi statt. U. a. befaßte sich diese Konferenz auch, wie die polnische Presse berichtet, mit dem Ueberhandnehmen der weltlichen Festtage, die in völlig unangemessener Weise „Feste“ genannt würden und geeignet seien, die Bedeutung und das Ansehen der kirchlichen Festtage zu mindern. Als unangemessen wurde vom Episkopat u. a. auch die Bezeichnung „Fest des Meeres“ erklärt. Aber nicht nur die Bezeichnung wurde beanstandet. Sondern der Episkopat stellte sich auch auf den Standpunkt, daß das Hinziehen der Kirche zu diesen weltlichen Veranstaltungen nicht mehr zulässig sei. „Unangemessen ist also der Episkopat der Ansicht, daß i. B. das nachträgliche Fest des Meeres ohne Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden soll.“ Es ist es hierzu in einem der Regierung obliegenden Blatt. Diefem Beschluß des Episkopats kommt nicht nur insofern Bedeutung zu, als die Gegnerschaft der Geistlichkeit geeignet ist, die Volkstümlichkeit und die Wirkung dieser Feste zu mindern. Dieser Beschluß ist auch ein Zeichen für das gespannte Verhältnis, das zwischen dem Pöblikirkwege und dem römischen Klerus besteht. Dieser läßt die Regierung ihre freidenkerliche Tendenz in einer Art Boykott der staatlichen Festtage entgegen.

Polnisches Schulschiff auf Weltreise.

Das polnische Schulschiff „Dart Pomorski“ („Gefahrnck Pommerens“) ist am 16. September aus Gdingen ausgefahren, um seine erste Reise um die Welt zu unternehmen. Die Fahrt geht über Kopenhagen, Haiti, den Panamakanal, Honolulu, japanische und chinesische Häfen, Singapur, Südbrasilien, Aporen usw. Am Nord befinden sich 106 Personen, darunter 61 Schiffsjungen. Zur Abfahrtsfeier in Gdingener Hafen waren u. a. der Handelsminister Floyer-Rajchman und der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Dr. Papée, erschienen.

Bereza Kartuska.

Am 19. und 20. September wurden, nach vor Ablauf der dreimonatigen Internierungszeit, die ersten Häftlinge aus dem Konzentrationslager Bereza Kartuska entlassen. Von den Entlassenen berichtet es sich um Angehörige der Rechtsopposition. Von den Ukrainern und Kommunisten, die im Lager festgehalten werden, soll bisher noch keiner freigelassen worden sein. Bis auf einige, denen die ungenügende schwere körperliche Arbeit, zu denen sie herangezogen wurden, nicht bekommen ist, sollen die Freigelassenen einen gefunden

Einbruch machen. Jeder Jogh läßt sich, da sie in kleinen Gruppen und mit verschiedenen Reisepaß des Lagers verlassen, nicht festhalten. Man rechnet mit der Auflösung des Lagers in einigen Wochen, mit Beginn der kalten Jahreszeit.

Prof. Pniowski.

Im „Ofland“ Nr. 34 war auf Seite 399 unter den Mitglidern des Obersten Rates des Bundes der Auslandspolen auch der Professor des polnischen Gymnasiums in Danzig und Schriftleiter des „Gyff“, Wladislaw Pniowski-Danzig, genannt worden. Wie mir erforscht, liegt hier eine Verwechslung mit Prof. Wobdan Pniowski-Warschau vor. Dieser gehört dem Rate an.

Die neuen Staatsbürger Südafrikas.

In der Südafrikanischen „Government Gazette“ vom 27. Juli d. J. findet sich eine Veröffentlichung über die Personen, die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1934 die südafrikanische Staatsangehörigkeit erworben haben. Die Angabe der Geburtsländer und Berufe der namentlich angeführten Personen gemährt einen interessanten Einblick in die bevölkerungspolitische Entwicklung dieses Landes. Die 584 angeführten Ausländer verteilen sich joblengemäß auf folgende Länder:

Italien	223	Polen	67
Rußland	89	Vertland	55
Deutschland	55		

Auf die übrigen Länder, wie Portugiesisch Westafrika, Holland, Südwest-Afrika, Griechenland, Italien, Schweiz, Palästina usw. entfallen nur 95 neue südafrikanische Staatsbürger. Die osteuropäischen Länder (Italien, Rußland, Polen und Vertland) zeigen eine Gesamtzahl von 434 Personen. Interessant ist die Namensliste. Es sind gekommen die Kobens aus Palästina, Rußland, Litauen und Polen, die Blods aus Rußland, Litauen und der Schweiz, die Goldbergs aus Palästina, Polen und Litauen, die Rasas aus Polen, Palästina und Litauen, die Denis, Lewins, Perys und Perys aus Holland, Polen, Litauen, Rußland und Schweden. Die Dwensteins kommen alle aus Vertland.

Im Berufsstand haben die kaufmännischen Berufe, was bei dieser Namensliste nicht verwunderlich ist, mit 269 an erster Stelle; Handwerker sind 71, Farmer 11 und Arbeiter nur 2 gekommen. Die anderen Berufsangaben verteilen sich auf Lehrer, Mediziner, Studenten usw. Dabei sind i. B. alle Studenten aus Litauen, Polen und Rußland gekommen. Eine interessante Statistik. Armes Südafrika!

Kurt Hennisches „Neurode“.

Kurt Hennische, der einer schlesischen Arbeiterfamilie entstammt und schon im Jahre 1918 den Klerikalismus erbiht, hat ein Schicksal „Neurode“ verfaßt, das zu dem meinsten Spielern gehört, die heute schon die an das Chanspiel gestellten Forderungen in seinem Maße erfüllen. Die Vorgänge um die Neurode ergrube, die dem Spiel zugrundeliegen, die großen Unglücksfälle, die wirtschaftliche Notlage und vor allem die Rettung der Grube durch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, sind bekannt. Dieses frühe Beispiel für die Verwirklichung eines Arbeits- und Gemeinschaftsgebankens, wie ihn der Nationalsozialismus fordert, hat Hennische benutzt, um die Idee der Volksgemeinschaft, die Begriffe von Arbeit als Dienst am Ganzen, vom Gemeinwohl, von Wohl und Heimat darzustellen. Das Spiel ist durch die Schließliche Spielgemeinschaft für nationale Festhaltung und die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in der Breslauer Jahrbuchvertheilung mit großem Erfolg aufgeführt worden.

Robinon statt Raderbuch.

Nachdem Professor Raderbuch auf den Drauftrag für mangeländisches Recht an der Ruemer Universität verstorbt hat, wird dieser voraussichtlich dem Rechtsanwält Dr. Robinon übertragen werden, der kürzlich einen unzufolenden Kommentar des Mietvertrats vom litauischen Standpunkt aus veröffentlicht hat.

Befehlsgang eines deutschfeindlichen Buches.

Auf Anordnung der polnischen Behörden wurde das bei einem Verlage in Nikolai (Ostoberschlesien) erschienene Buch „Die Wahrheit über Hitler und die Juden“ beschlagnahmt. Das Bild auf der Titelseite stellt eine besonders kraße Verunglimpfung des deutschen Staatsberauptes dar.

Korruption in der Warschauer Stadtverwaltung.

Der Warschauer Stadtpräsident Starynski machte auf einer Protektionen Mitteilung über die Mißbräuchlichkeit des früheren Warschauer Magistrats. Die Wirtschaft sei nicht nur nachlässig gewesen, sondern habe auch vielfach gegen das Staatsgesetz verstoßen. Es habe in Warschau nicht einen Magistrat, sondern eine ganze Masse von „Magistraten“ gegeben, die ohne Verbindung miteinander oder gar gegeneinander am Werkstoff hätten. Die Angestellten seien nicht entprechend dem Aufwand, sondern nach Protektion eingeführt worden.

Die Unterschiebe in der Wohnung seien durch illegale Besoldungszuschüsse herbeigeführt worden. Groß der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt habe man mit Reserveemissionen für die Erwähnen um sich geworfen. In einigen ländlichen Ortschaften hätten die Diener ein Einkommen bezogen, das dem Gehalt eines Ministerialrats gleichgekommen sei. Städtische Angestellte hätten die für Obdachlose bestimmten Wohnungen eingenommen und städtische und soziale Unterführungen bezogen. Die Pensionsbestimmungen seien zu beschaffen gewesen, daß es möglich gewesen sei, jemanden für einen Tag im Magistrat anzustellen, ihn zu entlassen und ihm ein Ruhegehalt für 30 Jahre zuwirken. Gehälter seien nachsichtsmäßig gezahlt worden. Kubelstahlbesiße habe man reichlichsmäßig vermerkt. Der Magistrat habe keine urbane Politik betrieben. Jeder habe gebaut wie und wo er wollte. Kleine Reben-

straßen habe man mit Asphaltplaster versehen, während die Hauptstraßen sich in totaler Verfallung befanden. Das Diplom eines Ehrenbürgers der Stadt Warschau für den General Jeligozski, das auf Grund eines Stadtratsbeschlusses vom Jahre 1921 im Jahre 1925 angefertigt worden sei, habe man im Jahre 1934 in den Stadtratsakten gefunden, — es war nicht überreicht worden. Kennzeichen für die korrupte Finanzpolitik des früheren Magistrats sei es u. a. auch, daß sich der Magistrat während der Verhandlungen mit Privatbanken über einen vom Staatsbank garantierten, mehrere 10 Millionen betragenden Kredit eines Vermittlers bedient habe, der 25 v. H. der ganzen Summe als Provision erhalten habe. Der Kredit habe jedoch die Summe 15 v. H. gekostet. Öffentliche Gelder seien in dem Jahrtausend gemessen worden. — Zum Schluß gab der Stadtpräsident seinen Plan zur Regelung der Stadtfinanzen bekannt.

Die Not des polnischen Dorfes.

Die polnische Presse, insbesondere natürlich diejenige der Oppositionsparteien, ist dauernd voll von Klagen über die Not der Bauern in Polen, und zwar nicht nur im östlichen Polen, woher man Schilderungen über das in den Dörfern herrschende Elend schon seit langer Zeit kennt. Auch in den ehemals deutschen Gebieten, in Polen und Pommern, ist unter den Bauern, aber ganz besonders unter den Siedlern, die auf früher zumeist auf dem Besitz in der primitivsten Form angelegt worden sind, aber eben auch auf Grund des sehr niedrigen Ankaufpreises, die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte, die unerschwinglich hohen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die drückenden Steuern und die Überflutung moderner, den Berichten der Presse zufolge, den Gerichtsollziehern zu einem ständigen Haß in den Dörfern und den Bauern und Anführer zu einem abhängigen Knecht auf seinem eigenen Besitz. „Mit einem Wort“, so schreiben der einiger Zeit einmal eine nationale demokratische Blätter, „es lebt schlimm um das pommersche Dorf, denn auch hier (und nicht nur im östlichen Polen) wird Viehsalz zu den Spielen verwendet, wozu an Stelle von Petroleum der Riziphan gebraucht, wird jedes Erharzung von Streifen ein emiges Feuer unterhalten. Die ganze Familie geht in ein und demselben Anzug zur Kirche, den sie abwechselnd anzieht; Zeitungen können nicht mehr gehalten werden, weil keine Mittel dazu vorhanden sind, höchstens, daß mehrere Nachbarn das Geld hierfür zusammenlegen.“

Daß das polnische Dorf überbevölkert ist, daß die notwendige landwirtschaftliche Arbeit von erheblich weniger Menschen geleistet werden könnte, als tatsächlich vorhanden sind, ist bekannt, und auch in der Regierunugspresse ist oft genug die Überbevölkerung des polnischen Dorfes als ein der Hauptursachen für die polnischen Probleme, für dessen Lösung noch nichts Entschiedenes unternommen worden ist, anerkannt worden. Statistisch läßt sich die ländliche Arbeitslosigkeit nicht erfassen. An den offiziellen Arbeitsmarktstatistiken wird sie überhaupt nicht berücksichtigt. Was an Schätzungen vorliegt, verdient nur Beachtung, wird in seiner Zuverlässigkeit aber in jedem Falle mehr oder weniger von der politischen Einstellung und dem sozialen Temperament des Schätzers getrübt. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ setzte sich am 2. und 4. Juli d. J. einmal mit dem Problem der dörflichen Arbeitslosigkeit auseinander.

„Das Dorf“, so hieß es da u. a., „ist das größte Sammelbecken der Arbeitslosen in Polen ... Offensiv ist das Problem der Saisonarbeit außer acht, so können wir sagen, daß 63 Millionen Berufs-tätiger in der Landwirtschaft während des ganzen Jahres Arbeit haben, und daß 6,6 Millionen während des ganzen Jahres arbeitslos sind. Selbst in den Monaten der größten Beanspruchung genügen zur Ausführung wichtiger Saisonarbeiten 56 bis 84 v. H. der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. Bedenken wir: 6.000.000 erwachsene, mit dem Boden verbundene Menschen haben überhaupt keine Arbeit, oder teilen sich in der Arbeit mit dem Fell, der auch ohne ihre Hilfe den Acker bestellen könnte! Welch ungeheurer, verarmdäufigster und unangenehmster Vorrat an Kraft, Energie und Reichtum!“

Eingekipft belobt in der Presse aller Richtungen darin, daß die Bemühungen der letzten Jahre, der Landwirtschaft zu helfen, völlig unzureichend gewesen sind. Die verschiedenen Zinsenkungs- und Preisstützungsaktionen usw. haben den weiteren Niedergang der Landwirtschaft im wesentlichen nicht aufzuhalten vermocht. Gerade die Erkenntnis der Unzulänglichkeit dieser Maßnahmen, die auf Jahre noch auf die Wünsche und Interessen des Großgrundbesitzers eingestellt waren, waren im Januar d. J. zu der Regierungsumbildung geführt, durch die die Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand von Männern wie Kozłowski und Donatowski gelegt wurde, die mit dem Dorfe an ihre Arbeit herangingen, in allererster Linie dem Kleinbauern zu helfen, die „Front nach dem Dorf“ zu nehmen. Mit dieser Regierungsumbildung ist die polnische Agrarpolitik in ein neues Stadium getreten; sie hat sich einer Aufgabe zugewandt, die nicht nur den Einfluß ganz großer Mittel, sondern auch die Kühnheit weitestgehender Maßnahmen und die Bereitschaft zu einem das ganze Wirtschaftssystem erfassenden Kurswechsel erfordert, wenn sie gelingen soll.

Parzellierung und Entschuldung sind die beiden Hauptstützen des Agrarprogramms der Regierung Kozłowski. Daß sich die Entschuldung nur in beschränktem Maße auf die großen und mittleren Betriebe, aber uneingeschränkt auf die Masse der kleinen Wirtschaften erstreckt, soll, ist das wirtschaftlich und politisch Wesentliche an diesem Programm, das erklärtermaßen bei den Großgrundbesitzern, die in der Hauptsache auf dem konfessionellen Flügel des Regierungskabnetts stehen, abgelehnt und bekämpft wird. Jedoch ohne Erfolg. Zu der ohne Rücksicht auf die Höhe der Verschuldung für die Entschuldung in Betracht kommenden Gruppe der Kleingrundbesitzer, die bis zu 50 ha gehören in ganz Polen etwa 3,3 Millionen Betriebe. Obenben leben etwa 30.000 Betriebe mit mehr als 50 ha, die hinsichtlich der Entschuldung in mehrere Gruppen eingeteilt werden. Der mittlere Besitz (bis zu 50, in einigen Gebieten bis zu 1000 ha) wird, sofern keine Verschuldung 75 v. H. des Schätzwertes nicht übersteigt, von der Aktion berücksichtigt werden. Die Betriebe von über 500 (bzw. 1000) ha werden bis zu einer Verschuldungsgrenze von höchstens 50 v. H., diejenigen von über 1000 (bzw. 1500) ha bis zu einer Verschuldungsgrenze von höchstens 40 v. H., schließlich die Betriebe von über 2000 (bzw. 2500) ha bis zu einer Verschuldung von 30 v. H. des Schätzwertes in die Entschuldungsaktion einbezogen werden. Für landwirtschaftliche Betriebe, die wegen ihrer übermäßigen Verschuldung von der Entschuldungsaktion nicht miteingezogen werden können, sind besondere Bestimmungen über ein Liquidations- und Vergleichsverfahren vorgehoben. Diese Bestimmungen haben zum Ziele, den Schuldnern einen Vergleichsabschluß mit den Gläubigern bzw. eine völlige oder nur teilweise Liquidation der Besitzsubstanz zu erleichtern.

Welche Ausmaße die Verschuldung der Landwirtschaft in Polen angenommen hat, darüber gibt ein Artikel, der am 19. Juli d. J. in der „Gazeta Warszawska“ erschienen ist, Auskunft. Danach haben die im Jahre 1932 durchgeführten Erhebungen des Finanzministeriums folgenden Schuldenstand, der sich inzwischen zweifelslos noch erhöht hat, ergeben:

langfristige organisierter Kredit	1.842,8 Mill. Zł.
langfristiger nicht organisierter Kredit	700 „ „
kurzfristige organisierter Kredit	924,8 „ „
kurzfristiger nicht organisierter Kredit	800 „ „
rückständige Steuern und Leistungen	354 „ „

zusammen 4.621,6 Mill. Zł.

Die jährlich aufzubringende Zinsenlast für diese Schuld wurde damals auf etwa 350 Mill. Zloty, die für die Amortisation erforderliche Summe auf 305 Mill. Zloty geschätzt. Zu gleicher Zeit wurden aber die Vereinbarungen der polnischen Landwirtschaft damals auf rund 1580 Mill. Zloty errechnet. Von dieser Summe“, schreibt die „Gazeta Warszawska“ in ihrem erwähnten Artikel, „entfallen auf den Wirtschaftsaufwand 1064 Mill. Zloty, auf laufende Ausgaben und Leistungen 214 Mill. Zloty, so daß zur Bezahlung der Schulden und Rückstände nur 299 Mill. Zloty übrig bleiben. Während diese Positionen außer den sofort fälligen Zahlungsverpflichtungen 414 Mill. Zloty betragen.“ Aus diesen — wenn auch ungenauen — Schätzungen ergibt sich ganz klar, daß die vorhandene Schuldenlast von der polnischen Landwirtschaft nicht aus eigener Kraft abgetragen werden kann, sondern sie, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt, in eine stetig wachsende Verschuldung hineintreiben muß. Selbst eine wesentliche Senkung des Zinsfußes und anders, im Agrarprogramm der Regierung Kozłowski vorgegebene Maßnahmen werden nicht in der Lage sein, eine dauernde Besserung zu schaffen. Unentbehrlich ist für eine dauernde Gesundung die Einführung der Preisstützung, d. h. ein Ausgleich zwischen dem Produktionswert der landwirtschaftlichen und demjenigen der industriellen Produkte. Damit aber greift — wie auch von der finanziellen und bevölkerungspolitischen Seite her — das Problem der Agrarpolitik unmittelbar in das der Außenhandels- und Industriepolitik ein. Das eine ist nicht ohne das andere zu lösen. Zu lösen aber sind diese Probleme alle nur dann, wenn die Landwirtschaft bei allen Maßnahmen, die getroffen werden, als wirtschaftliche Grundbesitz des Staates und der Bauer als der erste Bürger im Staate gemehrt wird.

Das Problem der Verkehrssprache in den Randstaaten.

Es ist für kleine Völker, die, wie das estnische, lettische und litauische, nur 1 bis 2 Millionen Seelen zählen, nicht leicht, ohne die Zulfsnahme einer Fremdsprache auf wirtschaftlichem und anderem Gebiete mit den großen Völkern Schritt zu halten. Das Bedürfnis und der Spang, die Sprache eines großen Reiches zu sprechen, ist daher bei den Angehörigen zahlmäßig schwacher Nationen schon sehr stark ausgeprägt. Für die Esten, Letten und Litauer sind bisher Deutsch und Russisch die kulturell bedingten bzw. politisch gegebenen Verkehrssprachen gewesen. Mit der Frage einer Reorientierung in der Wahl einer Verkehrssprache für die drei baltischen Staaten setzte sich vor kurzem das baltische Wagners Morgenblatt „Richts“ in bezeichnender Weise auseinander. Da die neue Generation des lettischen Volkes, heißt es dort, Deutsch und Russisch in den lettischen Schulen nicht mehr lernen werde, so müsse schon jetzt eine andere Entscheidung fallen. Die Frage der litauischen Sprache in den Schulen könne aber von den einzelnen baltischen Ländern nicht selbständig gelöst werden. Die Entscheidung müsse vom Selbstgefühl der gemeinsamen Interessen getroffen werden. Dadurch, daß Lettlands neues Schulgesetz der englischen Sprache den vornehmsten Platz unter den Fremdsprachen in den Grund- und Mittelschulen eingeräumt habe, sei die Lage Lettlands einigermassen mit der in Estland gleichgeschaltet worden, wo schon früher, wenigstens in den Mittelschulen, Estnisch Pflichtfach gewesen sei. „Das neue Schulgesetz Lettlands“, schreibt das Blatt dann, „regelt aber diese Frage viel konsequenter als Estland, mit dem Esten in der Fremdsprachenfrage noch viel zu bestimmen haben. Von dieser Seite wird in Estland großes Interesse für die deutsche Sprache jugendhaft, und man wendet an der praktischen Brauchbarkeit der englischen Sprache in unseren Verhältnissen. Ganz anders verhält es sich mit den Fremdsprachen in Litauen. Dort steht an erster Stelle in den Mittelschulen die französische Sprache als Pflichtfach und erst an zweiter Stelle kommen Deutsch und Englisch nach Wahl. In der niedrigeren Elementarstufe, die in keinem direkten Zusammenhang mit der Mittelschule steht, gibt es überhaupt keine Fremdsprache. In Vilnius zeigt eine große Reizung für die französische Sprache zu beobachtet und sehr wenig Interesse für die englische. Es sind also gewisse Schwierigkeiten zu überwinden, bis Litauen sich hinsichtlich der Sprache den anderen baltischen Staaten angleichen kann. Gerade auf Wunsch des litauischen Vertreters ließ die Konferenz der baltischen Angehörigenvereine, die am 1. Juli d. J. in Bilderlingshof stattfand, und auf deren Tagesordnung die Frage einer gemeinsamen Fremdsprache stand, dieses Problem einmütlich noch offen. Aber es ist eine der wichtigsten Aufgaben weiterer baltischer Beratungen, diese Fragen zu entscheiden.“

Die Frage, die hier von einem der lettischen Regierung nahelstehenden Blatt in sehr eindeutig englischem Sinne behandelt wird, verdient in Deutschland die stärkste Beachtung. Das um so mehr, als tatsächlich beachtliche Kräfte am Werke sind, um die bisher größte Bedeutung des Deutschen als Verkehrssprache der Randstaaten zu erzielen. Wäre nicht die aberwitzige Einstellung eines angeseheneren Juristen der politischen und geistigen „Verklammerung“ durch Deutschland, wäre nicht die sanftlose und büßwillige Seite gegen alle Deutsche, der auch die maßgebenden Kreise der baltischen Staaten mehr oder weniger verfallen sind, dann wäre die Wahl einer gemeinsamen Verkehrssprache für die Randstaatenemoker überhaupt kein Problem. Es ist nicht die Folge eines klaren Abwägens des Für und Wider, sondern einfach die Wirkung einer politischen (wie zu hoffen steht vorübergehenden) Feindschaft, die die maßgebenden Kreise in Rußland, Litau und Kauen dazu verleitet hat, das Deutsche zu verdrängen und den Gebrauch einer anderen „großen“ Kultursprache zu pflegen. Wirtschaftliche Feindschaften wie nun — so wie gegenwärtig in der Tat bedeutende Teile Englands im Aufsehenhandel der baltischen Staaten — oder ungenügende frankophile Stimmungen, von denen ein verhältnismäßig kleiner Kreis zur Zeit einflußreicher Intellektueller sich leiten läßt, sind in der Hauptsache maßgebend für die gegenwärtigen antideutschen Tendenzen in der Wahl einer Verkehrssprache. Die Tendenz, sich sprachlich vom Deutschen zu „emanzipieren“, ist in allen drei Ländern vorhanden. Aber die Richtung der zukünftigen Entwicklung ist noch nicht endgültig festgelegt worden. Neben English und Französisch werden von bestimmten Kreisen auch noch andere Sprachen für eine bevorzugte Anwendung und Pflege empfohlen. In Vilnius z. B. ist man durchaus nicht abgeneigt, dem Russischen wieder eine größere Bedeutung zuzuwenden, als man das aus politischen Gründen in Lettland und Estland zu tun gedenkt. Ferner gibt es in Vilnius, aber auch im übrigen Lettland nicht unbeträchtliche Kreise, die einer Bevorzugung des Polnischen nicht abgeneigt sind. In Estland wiederum haben sich mehrfach Stimmen erhoben, die eine sprachliche und damit kulturelle Anlehnung an Schweden für das Gegebene halten. All diese Sprachen werden jedoch nur den bereits maßgebenden Chauvinisten mehr oder weniger Beachtung und noch weniger Beachtung zufließen, als aus politischen Gründen. Man will nicht die Sprache eines so großen Landes anerkennen, weil man fürchtet, damit kulturelle und sich möglicherweise politisch gefährlich auswirkende Beziehungen zu fördern. Da man aber trotzdem die Notwendigkeit der allgemeinen Kenntnis einer Fremdsprache einseh, will man die Sprache eines Volkes wählen, von dem man annimmt, daß es einem — wegen seiner geographischen Entfernung vom baltischen Raum — politisch nicht gefährlich werden kann. Das letzte Wort ist über diese Angelegenheit noch nicht gesprochen. Deutschland wird hier auf dem „Posten“ sein müssen.

Der Staatliche Arbeitsdienst in Danzig.

Bereits im Juni d. J. wurde in der Freien Stadt Danzig eine Verordnung über die Einführung des Danziger staatlichen Arbeitsdienstes veröffentlicht. Die Einberufung dazu soll regelmäßig zu Beginn jedes Winterhalbjahres erfolgen. Die Vorbereitungen zur ordnungsmäßigen Durchführung des staatlichen Arbeitsdienstes werden bereits getroffen. Man will so schaffen, hat der Freiwillige Arbeitsdienst in Danzig seine Vorer in den wesentlichen geräumt. Solche Vorer befinden in Zoppot, Sokolow, Canabur und in der Stadtgemeinde Danzig. Der Danziger Freiwillige Arbeitsdienst hat aber seine Aufgabe nationalsozialistischer Schulung in so vorbildlicher Weise erfüllt, daß seine Arbeit in dem begrenzten Rahmen mit dem bereitgestellten Material zu Ende geführt werden soll. Deshalb entschloß man sich zur Ueberführung des Danziger Freiwilligen Arbeitsdienstes nach Oppuzen. Die Danziger Zeitung hat ihren Standort in Oppuzen verlegt.

Für den staatlichen Arbeitsdienst werden natürlich die vom Freiwilligen Arbeitsdienst verlassenen Vorer nicht aus. Es sind daher noch neue Vorer im Ausbau begriffen, so daß es späterhin möglich sein wird, immer einen vollständigen Jahrgang einzubereiten. Für diejenigen, die Cult und Liebe zu den landwirtschaftlichen Arbeiten und Berufen zeigen, werden besondere Arbeitslager geschaffen, wo sie alle in der Landwirtschaft einbilden können. Diese kennzeichnen können. Das wird für spätere Siedler wertvoll sein und in Zukunft dem, wie in Oldenburg allgemein, so auch im Freistaat Danzig bestehenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern heben. Arbeitsvorbereitungen für den Staatlichen Arbeitsdienst sind im übrigen in der Hauptsache Meliorationen, Landbewässerung, Straßen und Wegebauten, Planierungsarbeiten, Steinverwertung und Beschäftigungen ähnlicher Art. Die freie Wirtschaft soll noch Möglichkeit durch die Arbeiten des staatlichen Arbeitsdienstes nicht beeinträchtigt werden. Auf sozialem Gebiete wird sich die Arbeitsdienstpflicht insofern sehr gut auswirken, als heute noch viele Familienväter mit Kindern unbefähigt sind und in kurzem nun die Pflicht von 18—25jährigen jungen Volksgenossen einnehmen können. Die Arbeitsdienstpflicht befaßt sich auf 3 Jahre. Die Mannschaften des Arbeitsdienstes werden außer Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung eine kleine Tages-

lohnung erhalten. Nach Ablauf ihrer Arbeitsdienstzeit bekommen sie einen Arbeitspass, der ihnen Leistung, Führung und Eignung bescheinigt. Arbeitsdienstpflichtig ist jeder arbeitsfähige Danziger Staatsangehörige (auch politischer Nationalität), der mindestens 18, jedoch nicht über 25 Jahre alt ist. In der Regel ist die Einberufung zum Arbeitsdienst für den 1. November des Kalenderjahres vorgesehen, in dem der Arbeitsdienstpflichtige sein 20. Lebensjahr vollendet. Freiwilliger Eintritt innerhalb der Grenze vom 18. bis zum 20. Lebensjahr ist möglich. Es ist nur an einen Zeitpunkt von etwa 1000 Arbeitspflichtigen pro Jahr gedacht, so daß nicht alle Arbeitspflichtigen zur Einberufung gelangen können. Um so mehr hat der der staatlichen Arbeitsdienst Verfassende Ursache, sich den Dienst zur Ehre anzunehmen.

In der Arbeit, sich seiner geistlichen Arbeitsdienstverpflichtung zu entziehen, besteht die Absicht der Ueberführung der Arbeitsdienstpflicht mit Gefährdung bestraft. Von der Ableistung des Arbeitsdienstes ausgenommen sind Personen, die wegen schwerer körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd untauglich sind. Ferner können von Jahr zu Jahr zurückgestellt werden: die einzigen Erben der hilfsbedürftigen Familienmitglieder, Dienstpflichtige, deren Mitarbeiter für die Fortführung eines Betriebes unerlässlich ist, Dienstpflichtige, die dauernd im Auslande wohnen. Dienstpflichtige, deren Lebensform in den Arbeitsdienst aus in ihrer Person liegenden Gründen nicht zweckmäßig erscheint und hinsichtlich Schüler beiderseits Veranlassen bis zur Abkündigung der Arbeitsdienstpflicht mit Gefährdung bestraft. Von der Ableistung des Arbeitsdienstes ausgenommen sind Personen, die wegen schwerer körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd untauglich sind. Ferner können von Jahr zu Jahr zurückgestellt werden: die einzigen Erben der hilfsbedürftigen Familienmitglieder, Dienstpflichtige, deren Mitarbeiter für die Fortführung eines Betriebes unerlässlich ist, Dienstpflichtige, die dauernd im Auslande wohnen. Dienstpflichtige, deren Lebensform in den Arbeitsdienst aus in ihrer Person liegenden Gründen nicht zweckmäßig erscheint und hinsichtlich Schüler beiderseits Veranlassen bis zur Abkündigung der Arbeitsdienstpflicht mit Gefährdung bestraft.

Der ideale Zweck der Einrichtung des staatlichen Arbeitsdienstes ist in den Vordergrund gestellt. Die Jugend soll zu pflichtbewussten Staatsbürgern erzogen und durch gemeinsame Arbeit im Dienste des Volkes sozial zusammengeschweißt werden. Der bisherige Gausarbeitsführer des Freiwilligen Arbeitsdienstes, Oberregierungsrat Sedles, übernimmt die Führung der Arbeitsdienstpflicht-Organisation unter gleichzeitiger Umwandlung der Danziger Arbeitsdienststelle in eine Zentraltelle. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in Danzig ist als ein besonders wertvoller Arbeitsdienst der nationalsozialistischen Regierung zu bewerten und wird zweifellos ihre guten Früchte zeigen.

Von den Deutschen in Polen.

Ein Rundschreiben Grajunktis.

Der Wojewode Grajunktis hatte durch Rundschreiben vom 24. Oktober 1933 den Arbeitslosendirektoren der Wojewodschaft Schlesiens das Recht gegeben, bestimmten Turnusurlaubern nach Ablauf ihres Zwangsurlaubs die Wiedereinstellung zu verweigern. An Stelle der Abgemieteten sollten andere Personen, die schon jahrelang arbeitslos sind oder zahlreiche Kinder zu ernähren haben, eingestellt werden. Um sich ein verständliche, lokale Maßnahme. Aber in der Praxis mißte sich dieses Recht der Arbeitslosendirektoren dahin aus, daß vorwiegend solche Turnusurlauber, die sich zum Deutschtum bekennen und ihre Kinder in die deutsche Schule schicken, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen blieben, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen blieben, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen blieben. Beschwerden bei den Gemischten Kommissionen hatten noch in einigen Fällen Erfolg. In vielen Fällen aber blieb der Einspruch der benachteiligten Deutschen erfolglos. Jetzt, nachdem bereits eine große Anzahl Deutscher dank früherer Anordnung ihrer Arbeitsstelle verloren haben, hat sich der Wojewode Grajunktis entschlossen, ein neues Rundschreiben herauszugeben, in dem die Abstellung derartiger Mißbräuche erlangt wird. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Bezugnehmend auf die Verfügung vom 24. Oktober 1933 erhielt ich zur Kenntnis, daß einige kommunalen Arbeitsvermittlungsbüro bei der Wiedereinstellung von Turnusurlaubern sich oft von persönlichen Rücksichten leiten lassen und oft weniger bedürftige Personen und insbesondere Verwandte und Bekannte an Stelle der Turnusurlauber in den Arbeitsprozess bringen. Hierbei werden häufig lokale Personen umgangen, die tatsächlich Anspruch auf eine Einstellung haben. Die zahlreich eingehenden Beschwerden bei den örtlichen Ämtern und bei den Berufsverbänden beweisen dies. Zur Vermeidung derartiger Beschwerden verfolge ich, daß die Herren Vordirektoren und Bürgermeister in die Listen persönlich Einsicht nehmen und sich davon überzeugen, daß bei der Wiedereinstellung von Turnusurlaubern Ungerechtigkeiten ausgeschlossen werden. Die Vordirektoren und Bürgermeister werden angewiesen, an die unterstellten Arbeitslosendirektoren eine Verfügung zu richten, daß sich die Leiter der Ämter bei der Vermittlung von Arbeit in den Arbeitsstellen verhalten und nur nach den wirtschaftlichen und familiären Verhältnissen der einzelnen urteilen sollen. Werden in dieser Beziehung irgendwelche Verstöße festgestellt, so müssen die Schuldigen unanstandslos zur Verantwortung gezogen werden.“

Ein ausschlüsslicher Briefwechsel.

Die deutschen Zeitungen in Polen veröffentlichten einen Briefwechsel zwischen dem „Zentralausschuß der Deutschen in Polen“, dessen Vorsitzender Senator Hasbach ist, und der von Senator Pant geleiteten „Deutschen Christlichen Volkspartei“. Dieser Briefwechsel ist für die politische Einstellung beider Seiten sehr bezeichnend. Der Vorstand der „Volkspartei“ richtete am 28. August d. J. an Hasbach ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Der Zentralausschuß der Deutschen in Polen“ hat eine in seiner Sitzung vom 23. August 1934 gefasste Entschließung veröffentlicht, wonach er eine Zusammenarbeit mit dem „Böhmischen Deutschen Christlichen Volkspartei“, Senator Pant, als dem geistigen Träger des „Der Deutsche in Polen“ ablehnt, weil die Haltung dieses Blattes „das nationale Empfinden des deutschen Volkes verletzt“. In der Ausrede, die der Entschließung vorangegangen war, wurde ausgeführt, daß die Mitarbeit mit einem Deutschtumsführer, der den Nationalismus nicht bejaht, unmöglich sei. Diese Begründung steht im Widerspruch zu der bisherigen Einstellung des Zentralausschusses zum Nationalsozialismus.

„Der Vorstand der Deutschen Christlichen Volkspartei hat in seiner Sitzung vom 23. August 1934 dem Vorstehenden einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Parteivorstand versetzt sich dagegen, daß der Zentralausschuß von seinen Mitgliedern — und damit von der deutschen Minderheit in Polen — die Beziehung von Grundfragen verlangt, die im Widerspruch zur christlichen Weltanschauung stehen (damit sind die nationalsozialistischen Grundzüge gemeint) (Schrift).“

„Mit der Entschließung vom 23. August 1934 hat der Zentralausschuß der Deutschen in Polen“ sich einseitig auf ein Parteiprogramm festgelegt und damit aufgeführt, die Vertretung des Gesamtdeutschtums in Polen zu sein.“

Zu dieses Schreiben hat Senator Hasbach im Namen des Zentralausschusses der Deutschen in Polen am 1. September folgendermaßen geantwortet:

„Die Begründung, die Sie in Ihrem Schreiben für die Entschließung des Zentralausschusses der Deutschen in Polen gegenüber anführen, entspricht nicht den Tatsachen. Der Zentralausschuß hat durch den Mund seines Vorsitzenden Herrn Dr. Pant gegenüber meinel ausdrücklich

erklärt, daß diese Entschließung nicht erfolgt sei, weil Herr Senator Dr. Pant den Nationalsozialismus ablehnt, sondern weil, wie Sie selbst richtig zitieren, die Haltung des Herrn Senators Dr. Pant im „Der Deutsche in Polen“, dessen geistiger Träger er ist, dem Nationalsozialismus gegenüber das nationale Empfinden der deutschen Bevölkerung in Polen verletzt. Der Vorsitzende betonte ausdrücklich, daß für die Zugehörigkeit zum Zentralausschuß nicht die Weltanschauung maßgebend sei, sondern daß jeder deutsche Mann, der seinen Pflichten dem Deutschtum gegenüber bei uns im Lande nachkomme, willkommen sei, also auch wer nicht auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehe.“

Zwei Straßennamen.

Nachdem vor kurzen bereits die nach dem Schöpfer des ober-schlesischen Bergbaus, Graf Reden, benannte Straße in der alten Bergstadt Carnowitz von „älteren Patrioten“ mit dem neuen polnischen Bürgermeister Antes an der Spitze umgetauft worden ist, merdet jetzt noch zwei andere Carnowitzer Straßennamen vorfinden, die auch Jahrzehnte hindurch das Andenken von Männern nachlebten, denen Ober-schlesien viel zu verdanken hat. Es sind die Namen Rudolf von Carnowitz und des Senators Ukaschik. Der erstere wurde im Jahre 1804 in Glog als Sohn des Generals von Carnowitz geboren. Nachdem er das dortige Gymnasium beendet hatte, begann er 1819 seine Vorbereitung zum Bergbau. Zum Bergleuten ernannt, trat er bald darauf, 1830, als Ober-Einschreiber bei dem Bergamt in Carnowitz ein. An dieser Stellung hatte er besonders den Betrieb des fiskalischen Zieglerei- und Silberbergwerks Friedrich bei Carnowitz und der gerade damals in der Entwicklung begriffenen Salzenbergwerke zu leiten, wobei er eine so ersprießliche Tätigkeit entfaltete, daß er schon 1839 zum Bergmeister befördert wurde. In dieser Stellung gründete er die in Carnowitz eingegangene Bergschule von 1846—48, die er allein, später mit King von Nidda, abgabemännliche Fachlehrer für Ober-schlesien heraus. Im Jahre 1855 als Bergbaupatruan an die Spitze des Oberbergamts Breslau berufen, gab er den Anstoß zur Bildung des Schlesiens Vereins für Berg- und Hüttenwesen, aus welchem sich später der Berg- und Hüttenmännliche Verein entwickelte, und leitete die Redaktion der Zeitschrift dieses Vereins. Im Jahre 1857 erliefen seine geognostische Karte Ober-schlesiens, die damals von hervorragender Bedeutung war. Auch bei der Aushebung des deutschen Bergrechtes trat Rudolf von Carnowitz führend hervor. Der ausübende Vorsitzende des „Wissenschaftlichen Ausschusses“ im heutigen Carnowitz verfallen sein soll, ist Senator Ukaschik. Er war der Begründer der über die Grenzen Ober-schlesiens hinaus bekannten Seifenfabrik Ukaschik in Carnowitz, aber fünfzig Jahre lang er im Ehrenamt der Kommune Carnowitz. Unzählige Verbesserungen in der Stadt und Verschönerungen des Stadtbildes sind ihm zu verdanken. Ein äußerst mildtätiges Wesen war der Hauptzug dieses edlen Charakteres. Besondere Freundschaft erwarbte dieser wohlthätig königlichen Kaufmann mit dem Carnowitzer Schützenklub, wozu noch heute die Austragung der Ukaschik-Regattafestspiele erinnert. Graf Reden, von Carnowitz und Ukaschik, das sind Namen, die ein gutes Stück Ober-schlesiens, Wirtschaftsgeschichte enthalten — allerdings deutscher Geschichte. Grund genug für Antes und Genossen, die Erinnerung an sie auf den Reichthausen zu legen.

Schicksale deutscher Schulen in Polen.

Mit Beginn des Schuljahres 1934/35 wurde die neue deutsche Privatschule in Meme (Dommerellen) eröffnet. Die Eröffnung dieser Schule ist erst nach jahrelangen vorübergehenden Ermüdungen und nur unter schweren Opfern möglich geworden. Die August 1929 bestand in Meme eine staatliche deutsche Sammel-schule, die von 40 Kindern besucht wurde. Damals wurde die Schule von den polnischen Behörden geschlossen. Die deutschen Eltern gingen sofort daran, die Eröffnung einer neuen privaten Schule vorzubereiten. Ein entsprechender Antrag auf Eröffnung dieser Schule, für die 41 deutsche Kinder vorzumerken waren, wurde vom Schulkollegium mit der Begründung abgelehnt, daß die vorgesehenen Räume den Anforderungen nicht entsprächen. Eine Beschwerde an das Unterrichtsministerium in Warschau blieb ohne Erfolg. Im Januar 1931 wurde daraufhin auf dem Gelände der evangelischen Kirchengemeinde ein neues Schulgebäude errichtet. Die Genehmigung zur Eröffnung wurde wieder verweigert und der Beschluß des Ministeriums lautete dahin, daß „in Verbindung mit einer deutschen Schule in Meme ein Schicksalsschicksal“ auch die Eröffnung einer neuen privaten evangelischen Schule zu machen. Unangenehme Verhandlungen, die von den polnischen Stellen immer wieder verschleppt wurden, waren notwendig. Nachdem das neue polnische Privatschulgesetz in Kraft

Unverzüglich müssen Neubestellungen auf unser Distanz für Oktober-Dezember aufgegeben werden. Bei später eingehenden Bestellungen ist ein Sonderzuschlag von 20 % zu zahlen. Der Verkaufspreis für drei Monate beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgebühr)

getreten war, erluchte im März 1933 Doktor Klapp auf Grund dieses Gesetzes um Befreiung als Schulleigentümer. Wieder wurden nun polnische Seite neue, eine endgültige Entscheidung hinaufsetzende Forderungen und Bedingungen gestellt: Die Schülerbücher müßten bemängelt, alle Eltern, die ihre Kinder in diese Schule geben wollten, sollten persönlich in Dirschau erscheinen, um dort in Gegenwart des Kreis Schulinspektors die Erklärung über die Aufbringung der Mittel zu unterschreiben; das Schuljahr wurde beendet; die notariell beglaubigten Unterschriften, die die Eltern eingeleistet hatten, wurden vom Schulinspektor nicht anerkannt! Am 9. Oktober 1933 wird Doktor Klapp endlich als Schulleigentümer befreit. Aber dann wurde wieder der Antrag auf Befreiung des Lehrers Rudolf Krause als Schulleiter nicht genehmigt. Am 21. Februar 1934 endlich wurde eine andere Lehrkraft, Zsl. Elyl Kinkel, befristet. Dann mußte noch das neue Schuljahr, das in Polen im Herbst beginnt, abgemerkt werden. Fünf Jahre haben die Deutschen in Mewe um die Erlaubnis gekämpft, eine private Schule für ihre Kinder errichten zu dürfen. 24 Anträge und Antworten waren notwendig, um zum Ziel zu gelangen.

In der Gemeinde Wileza im Kreise Rybnik ist das neu errichtete Gebäude einer deutschen Privatvolksschule seiner Bestimmung übergeben worden. Der Einweihung ging ein deutscher Gottesdienst in der alten Folkkirche des Ortes voraus, der von der Bevölkerung so zahlreich besucht war, daß die Kirche überfüllt war. Von der Kirche ging die deutsche Bevölkerung geschlossen nach der Schule. Schulrat Dudek übergab im Namen des Deutschen Schulvereins die Schule ihrem Leiter, Lehrer Sojn. Der Vertreter der polnischen Schulbehörde, Kreis Schulinspektor Gram, bemerkte in seiner Ansprache, daß das deutsche Kind in die deutsche Schule gehöre, wo es zu einem guten Bürger des Staates erzogen werden müsse. Die Schule enthält acht Räume für einen Kindergarten und Wohnungen für die Lehrkräfte. In dem gleichen Umfang sind deutsche Privat Schulen in den Orten Kreuzdorf und Petrowitz im Kreise Plesch gebaut und vor kurzem eingeweiht worden.

Eine gefährliche Candkarte.

Zwei oberpreussische Deutsche, der Landwirt Paul Maciejczyk und Wilhelm Tomak o Groß-Welsch hatten sich am 21. September vor dem Plescher Bürgergericht wegen „Verbreitung falscher Nachrichten“ zu verantworten. Der Anlaß zu dieser Anklage war seitdem genau: Tomak hatte im Jahre 1920 in einem Geschäft in Ratowitz eine Candkarte vom Polen gekauft, auf der die heutigen Grenzen Polens nicht genau eingezeichnet waren, was im Jahre

1920 auch noch nicht möglich war. Diese Karte hatte er ins Volksbundesheim gebracht, um mit seinen Kollegen beim Radiobühnen nachzusehen, wo die einzelnen Sendestationen liegen. Maciejczyk, der Besitzer des Hauses, in dem das Volksbundesheim untergebracht ist, kümmerte sich nicht um den inneren Betrieb und mußte infolge dessen auch nicht, woher die Candkarte stammte. Das Gericht schenkte den Angaben der Angeklagten, daß die Karte lediglich zur Orientierung beim Radiobetrieb gedient habe, keinen Glauben und verurteilte Maciejczyk zu drei Monaten Gefängnis und 300 Zloty Geldstrafe bzw. zum weiteren Monaten Gefängnis und Erlegung der Kosten, Tomak zu fünf Monaten Gefängnis und Erlegung der Kosten. Als Strafmitdred wurde, wie aus der Urteilsbegründung hervorging, die bisherige Unbesoltheit der beiden Angeklagten gemerkt. Der Besitz einer alten Candkarte, auf der naturgemäß nicht die neuen Staatsgrenzen eingezeichnet sein können, gilt also nach der Meinung der Plescher Rechtslehrer als „Verbreitung falscher Nachrichten“. Ob sich die Herren nicht selber lächerlich vorkommen, wenn sie sich diesen Fall einmal genau überlegen? Selbst wenn die Karte im Volksbundesheim nicht lediglich zur Orientierung über die Lage der Radiostationen gedient haben sollte, wozu sollte der Besitz und die Benutzung einer solchen Karte ein strafwürdiges Vergehen sein? Wenn sich aber ein Richter auf einen solchen absurden Standpunkt stellt, dann müßte er doch logischerweise alle historischen Karten verbieten, die auch heute noch in Gebrauch sind, und die auch jeden „Verbreitung falscher Nachrichten“ strafwürdig verurteilen. Welche ungeheuren Auswüchse eröffneten sich da für den Verfasser junger Juristen, denen es sonst an Gelegenheiten mangelt, ihr Urteil leuchten zu lassen! Man ist jedoch glücklicherweise bei der Hoffnung berechtigt, daß es Richter in Polen gibt, die eine „Schuld“, wie die oben erwähnte, nicht für ausreichend halten, um zwei Menschen für drei und fünf Monate ins Gefängnis zu stecken.

Deutschen-Entlassungen in Carnowitz.

Zwei Angestellte des Städtischen Gaswerks in Carnowitz (Ostoberpreußen) erhielten ihre Kündigung zum 30. September. Als Begründung wird eine „Reorganisation“ dieses Betriebes angegeben. Die Kündigung erlitten darüber deutsche Angestellte, darunter sieben Familienälteste, von denen drei bereits über 30 Jahre ununterbrochen in dem Betriebe beschäftigt sind. Auch die jüngeren Kräfte haben zum größten Teil über zehn Jahre im städtischen Dienst gestanden. Der neue polnische Bürgermeister der Stadt Carnowitz hatte seinerzeit in seiner Antrittsrrede ausdrücklich betont, daß unternehmische Behandlungen der einzelnen Bürger nicht in seiner Absicht lägen. Wie diese Falsche praktisch eingehalten wird, dafür bietet die Entlassung der zwölf Deutschen einen neuen Beweis.

Alfred Brust f.

Alfred Brust, ein Führer unter den ostpreussischen Dichtern, ist nach langer Krankheit im Alter von 43 Jahren in Carnowitz verstorben. In einer Zeit, in der auch in der Literatur die Dichtung das Oberfläche die triumpierte, schuf Alfred Brust seine Werke. Er ließ sich durch die geringe Beachtung, die diese seit seinem Schaffen entgegenbrachte, nicht beirren. Seiner ganzen Natur nach konnte er das nicht. Seine Heimat — er war in Insterburg geboren — hieß Ostpreußen. An Ostpreußen wuchs er auf. Und hier wuchs auch sein Werk. Dieses Werk ist eines der bedeutendsten und schwerwiegendsten der Gegenwart. Es ist nicht leicht, Zugang zu ihm zu finden. Wie die Dramen Alfred Brusts so geling beladen erschienen mit Mythologie und Symbolismus, so ist es hier auf den Bühnen des Reiches den ihnen gebührenden Widerhall hätten finden können, so ist auch seine Prosa. In den Zeiten des Literaturbooms ging man auf dieses „Projekt“ der reinen Einkerh fehlte dem damaligen Menschen, um ein Werk wie „Die verlorene Erde“ zu lesen.

„Die verlorene Erde“ kann als der größte Roman dieses ostpreussischen „Wahners“ und „Schiffstellers“ gelten. „In drei Wägen“ jagt er hier das Lied eines sterbenden Volkes. Wirkliches vermischt sich mit Dantonalischem, Einfältiges mit Schaulustem. Spukgeister treiben ihr Spiel. C. E. A. Hoffmanns Gestalten scheinen neue auferstanden zu sein. Am Ende des Buches kam werden die alten heidnischen Geschichten erzählt. So wie nicht die Welt, die gewaltige Frage nach dem Sinn alles Seins wird in größtenteils Abhandlungen gelöst. Das große Wort löst aus allen Werten, allen Verben, allen Dramen. Die Qual des ewig Suchenden, des ewig im Geheimnis des Lebens Wühlenden wird sichtbar.

Die Kuriose Weltung, die ostpreussischen Wälder in ihrer schmerzhaften Einfachkeit, das Meer mit seinem urwäldigen Rauschen — das sind die Plätze, auf denen sich das Ringen um die wahre Erkenntnis abspielt. Die Gestalten der Brustschen Dichtung leben nur halb auf dieser Welt. Diese Welt ist ihnen überhaupt nur Rahmen. Die Schönheit der Welt im Leben im Geist, nach der Natur des Wirklichen, nach der Erschaffung des Reiches, nach der Reinheit der Seele und des Verstandes ist ihnen allein eigen. Neben der „Verlorenen Erde“ ist das „Draufwerk“ „Himmelsstraßen“ zu nennen, das in die tiefsten Schauer und Wunder der Natur eindringt. Brusts Dramen sind zum Teil in der Reichshauptstadt aufgeführt worden, so zum Beispiel der „Singen der Fische“, zum anderen Teil in seiner engeren Heimat, wie der „Cordatus“ im Schauspielhaus Königsberg. Auch das Mannheimer Nationaltheater mochte es in einer Zeit, deren Kennzeichen die geistige

Verwertung weiterer Kreise war, die „Schlacht der Heilande“ aufzuführen. Wie nicht anders zu erwarten, besaß auch diese Ausführung im stofflichen Schmeigen eines Lesepublikums, das leichte Unterhaltungskost an Stelle der Brustschen Gebankentiefe begehrte. Erst in unseren Tagen ist das Verständnis für den ostpreussischen Wahrheitsführer gemachsen.

Aber alle kleinen Erfolge konnten Brusts materielle Not nicht beheben. Obwohl die Stadt Königsberg, in der er lebte, ihm vor einigen Jahren eine kleine finanzielle Beihilfe gab und ihm eine freie Wohnung zur Verfügung stellte, reichte es nicht, um eine Familie mit acht Kindern zu ernähren, denn die Erträge aus seinen Wäldern blieben gleich Null. Selbst ein so seltsames und mit erlauchlicher Gestaltungskraft geschriebenes Werk wie sein letzter Roman „Eisbrand“ fand in der großen Öffentlichkeit keinen Widerhall. Hinzu kam, daß Brust eine ganz kompromißlose Art war. Er lebte es ab für Zeitgenossen keine Rezensionen in Zeitungen zu verkaufen oder im Rundfunk zu lesen. Er war für seines Wertes bewußt und hielt sich für den letzten großen deutschen „Nüchtl“. Was nützt das es „in bitter gishmerzt“, daß man ihn verkante. Immer mehr vergrub er sich in seine häusliche Einfachkeit und wurde zum Weltverächter, der in sich einen Gläubiger der Menschheit lag, die ihm ihre Schuld nicht bezahlen wollte. Man kann Brust den Vorwurf vielleicht nicht erproben, daß er bemüht an den Menschen vorbeiging, man darf aber dabei nicht verkennen, daß dies ein kompromißloser harter Charakter zugrunde ging, und es muß beklammert werden, daß ein großer Schaffter jahrelang hinter literarischen Scheinwänden verborgen mußte. Als nach dem Aufbruch der Nation Brust in die Akademie für Dichtung gewählt wurde und es so schien, als würde sich nun langsam das Verständnis für ihn durchsetzen, war es bereits zu spät. Er war ein gebrodener und verbitterter Mensch geworden, für den es eine Rettung nicht mehr gab.

**Die Ferienfahrt
ins deutsche Vaterland!**

Deutschlands Handel mit dem Osten.

Seit dem Rekordjahr 1928 geht der deutsche Handel mit Osteuropa (d. h. mit der Sowjetunion, Polen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Dänisch Länd) zurück. Von dieser Enttrocknung war bereits in „Ostland“ Nr. 29, 33, 38, 42, 46, 50, 54, 58, 62, 66, 70, 74, 78, 82, 86, 90, 94, 98, 102, 106, 110, 114, 118, 122, 126, 130, 134, 138, 142, 146, 150, 154, 158, 162, 166, 170, 174, 178, 182, 186, 190, 194, 198, 202, 206, 210, 214, 218, 222, 226, 230, 234, 238, 242, 246, 250, 254, 258, 262, 266, 270, 274, 278, 282, 286, 290, 294, 298, 302, 306, 310, 314, 318, 322, 326, 330, 334, 338, 342, 346, 350, 354, 358, 362, 366, 370, 374, 378, 382, 386, 390, 394, 398, 402, 406, 410, 414, 418, 422, 426, 430, 434, 438, 442, 446, 450, 454, 458, 462, 466, 470, 474, 478, 482, 486, 490, 494, 498, 502, 506, 510, 514, 518, 522, 526, 530, 534, 538, 542, 546, 550, 554, 558, 562, 566, 570, 574, 578, 582, 586, 590, 594, 598, 602, 606, 610, 614, 618, 622, 626, 630, 634, 638, 642, 646, 650, 654, 658, 662, 666, 670, 674, 678, 682, 686, 690, 694, 698, 702, 706, 710, 714, 718, 722, 726, 730, 734, 738, 742, 746, 750, 754, 758, 762, 766, 770, 774, 778, 782, 786, 790, 794, 798, 802, 806, 810, 814, 818, 822, 826, 830, 834, 838, 842, 846, 850, 854, 858, 862, 866, 870, 874, 878, 882, 886, 890, 894, 898, 902, 906, 910, 914, 918, 922, 926, 930, 934, 938, 942, 946, 950, 954, 958, 962, 966, 970, 974, 978, 982, 986, 990, 994, 998, 1002, 1006, 1010, 1014, 1018, 1022, 1026, 1030, 1034, 1038, 1042, 1046, 1050, 1054, 1058, 1062, 1066, 1070, 1074, 1078, 1082, 1086, 1090, 1094, 1098, 1102, 1106, 1110, 1114, 1118, 1122, 1126, 1130, 1134, 1138, 1142, 1146, 1150, 1154, 1158, 1162, 1166, 1170, 1174, 1178, 1182, 1186, 1190, 1194, 1198, 1202, 1206, 1210, 1214, 1218, 1222, 1226, 1230, 1234, 1238, 1242, 1246, 1250, 1254, 1258, 1262, 1266, 1270, 1274, 1278, 1282, 1286, 1290, 1294, 1298, 1302, 1306, 1310, 1314, 1318, 1322, 1326, 1330, 1334, 1338, 1342, 1346, 1350, 1354, 1358, 1362, 1366, 1370, 1374, 1378, 1382, 1386, 1390, 1394, 1398, 1402, 1406, 1410, 1414, 1418, 1422, 1426, 1430, 1434, 1438, 1442, 1446, 1450, 1454, 1458, 1462, 1466, 1470, 1474, 1478, 1482, 1486, 1490, 1494, 1498, 1502, 1506, 1510, 1514, 1518, 1522, 1526, 1530, 1534, 1538, 1542, 1546, 1550, 1554, 1558, 1562, 1566, 1570, 1574, 1578, 1582, 1586, 1590, 1594, 1598, 1602, 1606, 1610, 1614, 1618, 1622, 1626, 1630, 1634, 1638, 1642, 1646, 1650, 1654, 1658, 1662, 1666, 1670, 1674, 1678, 1682, 1686, 1690, 1694, 1698, 1702, 1706, 1710, 1714, 1718, 1722, 1726, 1730, 1734, 1738, 1742, 1746, 1750, 1754, 1758, 1762, 1766, 1770, 1774, 1778, 1782, 1786, 1790, 1794, 1798, 1802, 1806, 1810, 1814, 1818, 1822, 1826, 1830, 1834, 1838, 1842, 1846, 1850, 1854, 1858, 1862, 1866, 1870, 1874, 1878, 1882, 1886, 1890, 1894, 1898, 1902, 1906, 1910, 1914, 1918, 1922, 1926, 1930, 1934, 1938, 1942, 1946, 1950, 1954, 1958, 1962, 1966, 1970, 1974, 1978, 1982, 1986, 1990, 1994, 1998, 2002, 2006, 2010, 2014, 2018, 2022, 2026, 2030, 2034, 2038, 2042, 2046, 2050, 2054, 2058, 2062, 2066, 2070, 2074, 2078, 2082, 2086, 2090, 2094, 2098, 2102, 2106, 2110, 2114, 2118, 2122, 2126, 2130, 2134, 2138, 2142, 2146, 2150, 2154, 2158, 2162, 2166, 2170, 2174, 2178, 2182, 2186, 2190, 2194, 2198, 2202, 2206, 2210, 2214, 2218, 2222, 2226, 2230, 2234, 2238, 2242, 2246, 2250, 2254, 2258, 2262, 2266, 2270, 2274, 2278, 2282, 2286, 2290, 2294, 2298, 2302, 2306, 2310, 2314, 2318, 2322, 2326, 2330, 2334, 2338, 2342, 2346, 2350, 2354, 2358, 2362, 2366, 2370, 2374, 2378, 2382, 2386, 2390, 2394, 2398, 2402, 2406, 2410, 2414, 2418, 2422, 2426, 2430, 2434, 2438, 2442, 2446, 2450, 2454, 2458, 2462, 2466, 2470, 2474, 2478, 2482, 2486, 2490, 2494, 2498, 2502, 2506, 2510, 2514, 2518, 2522, 2526, 2530, 2534, 2538, 2542, 2546, 2550, 2554, 2558, 2562, 2566, 2570, 2574, 2578, 2582, 2586, 2590, 2594, 2598, 2602, 2606, 2610, 2614, 2618, 2622, 2626, 2630, 2634, 2638, 2642, 2646, 2650, 2654, 2658, 2662, 2666, 2670, 2674, 2678, 2682, 2686, 2690, 2694, 2698, 2702, 2706, 2710, 2714, 2718, 2722, 2726, 2730, 2734, 2738, 2742, 2746, 2750, 2754, 2758, 2762, 2766, 2770, 2774, 2778, 2782, 2786, 2790, 2794, 2798, 2802, 2806, 2810, 2814, 2818, 2822, 2826, 2830, 2834, 2838, 2842, 2846, 2850, 2854, 2858, 2862, 2866, 2870, 2874, 2878, 2882, 2886, 2890, 2894, 2898, 2902, 2906, 2910, 2914, 2918, 2922, 2926, 2930, 2934, 2938, 2942, 2946, 2950, 2954, 2958, 2962, 2966, 2970, 2974, 2978, 2982, 2986, 2990, 2994, 2998, 3002, 3006, 3010, 3014, 3018, 3022, 3026, 3030, 3034, 3038, 3042, 3046, 3050, 3054, 3058, 3062, 3066, 3070, 3074, 3078, 3082, 3086, 3090, 3094, 3098, 3102, 3106, 3110, 3114, 3118, 3122, 3126, 3130, 3134, 3138, 3142, 3146, 3150, 3154, 3158, 3162, 3166, 3170, 3174, 3178, 3182, 3186, 3190, 3194, 3198, 3202, 3206, 3210, 3214, 3218, 3222, 3226, 3230, 3234, 3238, 3242, 3246, 3250, 3254, 3258, 3262, 3266, 3270, 3274, 3278, 3282, 3286, 3290, 3294, 3298, 3302, 3306, 3310, 3314, 3318, 3322, 3326, 3330, 3334, 3338, 3342, 3346, 3350, 3354, 3358, 3362, 3366, 3370, 3374, 3378, 3382, 3386, 3390, 3394, 3398, 3402, 3406, 3410, 3414, 3418, 3422, 3426, 3430, 3434, 3438, 3442, 3446, 3450, 3454, 3458, 3462, 3466, 3470, 3474, 3478, 3482, 3486, 3490, 3494, 3498, 3502, 3506, 3510, 3514, 3518, 3522, 3526, 3530, 3534, 3538, 3542, 3546, 3550, 3554, 3558, 3562, 3566, 3570, 3574, 3578, 3582, 3586, 3590, 3594, 3598, 3602, 3606, 3610, 3614, 3618, 3622, 3626, 3630, 3634, 3638, 3642, 3646, 3650, 3654, 3658, 3662, 3666, 3670, 3674, 3678, 3682, 3686, 3690, 3694, 3698, 3702, 3706, 3710, 3714, 3718, 3722, 3726, 3730, 3734, 3738, 3742, 3746, 3750, 3754, 3758, 3762, 3766, 3770, 3774, 3778, 3782, 3786, 3790, 3794, 3798, 3802, 3806, 3810, 3814, 3818, 3822, 3826, 3830, 3834, 3838, 3842, 3846, 3850, 3854, 3858, 3862, 3866, 3870, 3874, 3878, 3882, 3886, 3890, 3894, 3898, 3902, 3906, 3910, 3914, 3918, 3922, 3926, 3930, 3934, 3938, 3942, 3946, 3950, 3954, 3958, 3962, 3966, 3970, 3974, 3978, 3982, 3986, 3990, 3994, 3998, 4002, 4006, 4010, 4014, 4018, 4022, 4026, 4030, 4034, 4038, 4042, 4046, 4050, 4054, 4058, 4062, 4066, 4070, 4074, 4078, 4082, 4086, 4090, 4094, 4098, 4102, 4106, 4110, 4114, 4118, 4122, 4126, 4130, 4134, 4138, 4142, 4146, 4150, 4154, 4158, 4162, 4166, 4170, 4174, 4178, 4182, 4186, 4190, 4194, 4198, 4202, 4206, 4210, 4214, 4218, 4222, 4226, 4230, 4234, 4238, 4242, 4246, 4250, 4254, 4258, 4262, 4266, 4270, 4274, 4278, 4282, 4286, 4290, 4294, 4298, 4302, 4306, 4310, 4314, 4318, 4322, 4326, 4330, 4334, 4338, 4342, 4346, 4350, 4354, 4358, 4362, 4366, 4370, 4374, 4378, 4382, 4386, 4390, 4394, 4398, 4402, 4406, 4410, 4414, 4418, 4422, 4426, 4430, 4434, 4438, 4442, 4446, 4450, 4454, 4458, 4462, 4466, 4470, 4474, 4478, 4482, 4486, 4490, 4494, 4498, 4502, 4506, 4510, 4514, 4518, 4522, 4526, 4530, 4534, 4538, 4542, 4546, 4550, 4554, 4558, 4562, 4566, 4570, 4574, 4578, 4582, 4586, 4590, 4594, 4598, 4602, 4606, 4610, 4614, 4618, 4622, 4626, 4630, 4634, 4638, 4642, 4646, 4650, 4654, 4658, 4662, 4666, 4670, 4674, 4678, 4682, 4686, 4690, 4694, 4698, 4702, 4706, 4710, 4714, 4718, 4722, 4726, 4730, 4734, 4738, 4742, 4746, 4750, 4754, 4758, 4762, 4766, 4770, 4774, 4778, 4782, 4786, 4790, 4794, 4798, 4802, 4806, 4810, 4814, 4818, 4822, 4826, 4830, 4834, 4838, 4842, 4846, 4850, 4854, 4858, 4862, 4866, 4870, 4874, 4878, 4882, 4886, 4890, 4894, 4898, 4902, 4906, 4910, 4914, 4918, 4922, 4926, 4930, 4934, 4938, 4942, 4946, 4950, 4954, 4958, 4962, 4966, 4970, 4974, 4978, 4982, 4986, 4990, 4994, 4998, 5002, 5006, 5010, 5014, 5018, 5022, 5026, 5030, 5034, 5038, 5042, 5046, 5050, 5054, 5058, 5062, 5066, 5070, 5074, 5078, 5082, 5086, 5090, 5094, 5098, 5102, 5106, 5110, 5114, 5118, 5122, 5126, 5130, 5134, 5138, 5142, 5146, 5150, 5154, 5158, 5162, 5166, 5170, 5174, 5178, 5182, 5186, 5190, 5194, 5198, 5202, 5206, 5210, 5214, 5218, 5222, 5226, 5230, 5234, 5238, 5242, 5246, 5250, 5254, 5258, 5262, 5266, 5270, 5274, 5278, 5282, 5286, 5290, 5294, 5298, 5302, 5306, 5310, 5314, 5318, 5322, 5326, 5330, 5334, 5338, 5342, 5346, 5350, 5354, 5358, 5362, 5366, 5370, 5374, 5378, 5382, 5386, 5390, 5394, 5398, 5402, 5406, 5410, 5414, 5418, 5422, 5426, 5430, 5434, 5438, 5442, 5446, 5450, 5454, 5458, 5462, 5466, 5470, 5474, 5478, 5482, 5486, 5490, 5494, 5498, 5502, 5506, 5510, 5514, 5518, 5522, 5526, 5530, 5534, 5538, 5542, 5546, 5550, 5554, 5558, 5562, 5566, 5570, 5574, 5578, 5582, 5586, 5590, 5594, 5598, 5602, 5606, 5610, 5614, 5618, 5622, 5626, 5630, 5634, 5638, 5642, 5646, 5650, 5654, 5658, 5662, 5666, 5670, 5674, 5678, 5682, 5686, 5690, 5694, 5698, 5702, 5706, 5710, 5714, 5718, 5722, 5726, 5730, 5734, 5738, 5742, 5746, 5750, 5754, 5758, 5762, 5766, 5770, 5774, 5778, 5782, 5786, 5790, 5794, 5798, 5802, 5806, 5810, 5814, 5818, 5822, 5826, 5830, 5834, 5838, 5842, 5846, 5850, 5854, 5858, 5862, 5866, 5870, 5874, 5878, 5882, 5886, 5890, 5894, 5898, 5902, 5906, 5910, 5914, 5918, 5922, 5926, 5930, 5934, 5938, 5942, 5946, 5950, 5954, 5958, 5962, 5966, 5970, 5974, 5978, 5982, 5986, 5990, 5994, 5998, 6002, 6006, 6010, 6014, 6018, 6022, 6026, 6030, 6034, 6038, 6042, 6046, 6050, 6054, 6058, 6062, 6066, 6070, 6074, 6078, 6082, 6086, 6090, 6094, 6098, 6102, 6106, 6110, 6114, 6118, 6122, 6126, 6130, 6134, 6138, 6142, 6146, 6150, 6154, 6158, 6162, 6166, 6170, 6174, 6178, 6182, 6186, 6190, 6194, 6198, 6202, 6206, 6210, 6214, 6218, 6222, 6226, 6230, 6234, 6238, 6242, 6246, 6250, 6254, 6258, 6262, 6266, 6270, 6274, 6278, 6282, 6286, 6290, 6294, 6298, 6302, 6306, 6310, 6314, 6318, 6322, 6326, 6330, 6334, 6338, 6342, 6346, 6350, 6354, 6358, 6362, 6366, 6370, 6374, 6378, 6382, 6386, 6390, 6394, 6398, 6402, 6406, 6410, 6414, 6418, 6422, 6426, 6430, 6434, 6438, 6442, 6446, 6450, 6454, 6458, 6462, 6466, 6470, 6474, 6478, 6482, 6486, 6490, 6494, 6498, 6502, 6506, 6510, 6514, 6518, 6522, 6526, 6530, 6534, 6538, 6542, 6546, 6550, 6554, 6558, 6562, 6566, 6570, 6574, 6578, 6582, 6586, 6590, 6594, 6598, 6602, 6606, 6610, 6614, 6618, 6622, 6626, 6630, 6634, 6638, 6642, 6646, 6650, 6654, 6658, 6662, 6666, 6670, 6674, 6678, 6682, 6686, 6690, 6694, 6698, 6702, 6706, 6710, 6714, 6718, 6722, 6726, 6730, 6734, 6738, 6742, 6746, 6750, 6754, 6758, 6762, 6766, 6770, 6774, 6778, 6782, 6786, 6790, 6794, 6798, 6802, 6806, 6810, 6814, 6818, 6822, 6826, 6830, 6834, 6838, 6842, 6846, 6850, 6854, 6858, 6862, 6866, 6870, 6874, 6878, 6882, 6886, 6890, 6894, 6898, 6902, 6906, 6910, 6914, 6918, 6922, 6926, 6930, 6934, 6938, 6942, 6946, 6950, 6954, 6958, 6962, 6966, 6970, 6974, 6978, 6982, 6986, 6990, 6994, 6998, 7002, 7006, 7010, 7014, 7018, 7022, 7026, 7030, 7034, 7038, 7042, 7046, 7050, 7054, 7058, 7062, 7066, 7070, 7074, 7078, 7082, 7086, 7090, 7094, 7098, 7102, 7106, 7110, 7114, 7118, 7122, 7126, 7130, 7134, 7138, 7142, 7146, 7150, 7154, 7158, 7162, 7166, 7170, 7174, 7178, 7182, 7186, 7190, 7194, 7198, 7202, 7206, 7210, 7214, 7218, 7222, 7226, 7230, 7234, 7238, 7242, 7246, 7250, 7254, 7258, 7262, 7266, 7270, 7274, 7278, 7282, 7286, 7290, 7294, 7298, 7302, 7306, 7310, 7314, 7318, 7322, 7326, 7330, 7334, 7338, 7342, 7346, 7350, 7354, 7358, 7362, 7366, 7370, 7374, 7378, 7382, 7386, 7390, 7394, 7398, 7402, 7406, 7410, 7414, 7418, 7422, 7426, 7430, 7434, 7438, 7442, 7446, 7450, 7454, 7458, 7462, 7466, 7470, 7474, 7478, 7482, 7486, 7490, 7494, 7498, 7502, 7506, 7510, 7514, 7518, 7522, 7526, 7530, 7534, 7538, 7542, 7546, 7550, 7554, 7558, 7562, 7566, 7570, 7574, 7578, 7582, 7586, 7590, 7594, 7598, 7602, 7606, 7610, 7614, 7618, 7622, 7626, 7630, 7634, 7638, 7642, 7646, 7650, 7654, 7658, 7662, 7666, 7670, 7674, 7678, 7682, 7686, 7690, 7694, 7698, 7702, 7706, 7710, 7714, 7718, 7722, 7726, 7730, 7734, 7738, 7742, 7746, 7750, 7754, 7758, 7762, 7766, 7770, 7774, 7778, 7782, 7786, 7790, 7794, 7798, 7802, 7806, 7810, 7814, 7818, 7822, 7826, 7830, 7834, 7838, 7842, 7846, 7850, 7854, 7858, 7862, 7866, 7870, 7874, 7878, 7882, 7886, 7890, 7894, 7898, 7902, 7906, 7910, 7914, 7918, 7922, 7926, 7930, 7934, 7938, 7942, 7946, 7950, 7954, 7958, 7962, 7966, 7970, 7974, 7978, 7982, 7986, 7990, 7994, 7998, 8002, 8006, 8010, 8014, 8018, 8022, 8026, 8030, 8034, 8038, 8042, 8046, 8050, 8054, 8058, 8062, 8066, 8070, 8074, 8078, 8082, 8086, 8090, 8094, 8098, 8102, 8106, 8110, 8114, 8118, 8122, 8126, 8130, 8134, 8138, 8142, 8146, 8150, 8154, 8158, 8162, 8166, 8170, 8174, 8178, 8182, 8186, 8190, 8194, 8198, 8202, 8206, 8210, 8214, 8218, 8222, 8226, 8230, 8234, 8238, 8242, 8246, 8250, 8254, 8258, 8262, 8266, 8270, 8274, 8278, 8282, 8286, 8290, 8294, 8298, 8302, 8306, 8310, 8314, 8318, 8322, 8326, 8330, 8334, 8338, 8

Die polnischen Emigranten.

Zu den Organisationen, die sich die Unterstützung des Polentums im Auslande zur Aufgabe gemacht haben, gehört der Verein „Polnische Fürsorge für die Landsleute in der Fremde“. Er wurde im Jahre 1926 gegründet und im Jahre 1929 wurde Cardinal Primas Hlond als eine katholische Vereinigung anerkannt, indem er das Protektorat über ihn übernahm. Die Hauptaufgabe des Vereins ist die geistige Verfolgung des polnischen Auswandereriums, also vor allem der in kleineren, vereinzelt Gruppen über die Länder verstreuten polnischen Gruppen. Der Verein hat, wie es in einem Artikel der „Gajeta Ojczyzna“ vom 16. September d. J. heißt, „zu diesem Zweck sowohl den polnischen Organisationen als auch den Schülern im Auslande entsprechendes Aufklärungsmaterial in Gestalt von 29 Bänden und 2 Eheimitteln über den Wert zu liefern. Am 30. Juni 1930/31 wurden 7649 Bücher und 26 063 Zeitschriften verandt, im Jahre 1931/32: 9350 Bücher und 28 675 Zeitschriften, im Jahre 1932/33: 10 374 Bücher und 43 326 Zeitschriften, im Jahre 1933/34: 23 207 Bücher und 4572 (?) Zeitschriften“. An der Arbeit des Vereins beteiligt sich seit 1931 auch die Schullীগung in Polen, einmal durch Sammlung von Aufklärungsmaterial, wie auch durch die Pflege eines ständigen Briefwechsels mit der polnischen Schullীগung im Auslande. An diese Aktion waren dem Bericht des genannten Blattes zufolge in Polen und Dommereien 1932/33: 243 und 1933/34 bereits 397 Schulen beteiligt. Auf dieses Material wird in der wohlwollenden Standpunkt der Schulverwaltungen und des Einflusses, das durch eine besondere Rundreiseverfolgung gelegentlich des Tages der Fürsorge“ sich an die Jugend wandte, die Arbeit der „Fürsorge“ gehend und mit vollem Vertrauen zu unterstützen.“ Weiter werden vom dem Verein Jahr für Jahr Weihnachtspakete an die auslands polnischen Gruppen verschickt, die Obolaten, Bücher, Zeitschriften, Kerzen u. dgl. enthalten. Im Jahre 1930 wurden 102 Pakete nach 19 Ländern verandt, im Jahre 1931: 343 nach 34 Ländern, im Jahre 1932: 1045 Pakete nach 45 Ländern und im Jahre 1933: 1229 Pakete nach 46 Ländern. Eines der wichtigsten Arbeitsgebiete ist die Vorbereitung und Veranstaltung von Ausstellungen, die seit 1931 von einer besonderen Abteilung des Vereins ausgearbeitet wird. 1932/33 wurden von dieser Abteilung 15 566 Personen, und 1933/34: 19 243 Personen erfaßt.

„Die obigen Zusammenstellungen“, so schließt das Altentwiler Polenblatt seinen Bericht, „zeigen in bereicherter Weise davon, das die „Polnische Fürsorge für die Landsleute in der Fremde“ im Laufe ihrer fünfjährigen Tätigkeit ihr soziales Examen bestanden hat, denn sie hat für die Tätigkeit unter den verstreuten Landsleuten Methoden ausgearbeitet, was nicht leicht war, wenn man die Verschiedenheit der Mittelpunkte und der Bedürfnisse in Betracht zieht. Die „Fürsorge“ hat eine Reihe sozialer Gruppen und vor allem die Schullীগung zur Mitarbeit herangezogen. Sie hat den Landsleuten im Inlande die Notwendigkeit, mit den Brüdern im Auslande eine Verbindung anzuknüpfen, zum Bewußtsein gebracht, und sie hat diese Verbindung gefördert organisiert. Die „Fürsorge“ wird die begonnenen Arbeiten befristigen, indem sie die einzelnen Kreise ausbaut und die Aufklärung vertieft, wird sie neue Wege finden, mit deren Hilfe sie am besten ihre Lösung Alles für Gott und die teuren Brüder im Auslande“ verwirklichen wird.“

Danzig baut den größten Bagger.

Am 17. September lief der Schiffsausrüstler Danzig für die Danziger Hafenbehörde in Schwabing-Bannow Conference „Bog“ erbaut. Der Doppelschraubens-Bagger „Sieniec“ von 3000 t, vom Stapel. An der Seite nahm mit anderen hervorragenden Persönlichkeiten der chinesische Gesandte in Berlin, Excellenz Liu Chung Chie, teil; seine Gattin vollzog die Taufe. Es handelt sich bei dem Bagger, das sich von einem gewöhnlichen großen Dampfer im Aussehen kaum unterscheidet, um den größten und leistungsfähigsten Bagger der Welt. Wie von sachmännlicher Seite vermerkt wird, hat der Jangtsekiang im Verlaufe langer Zeiten gemaltig Schlammschichten in die offene See direkt vor den Häfen an der Mündung abgetragen. Diese bilden eine Gefahr für die Schiffe überflutete, und es gibt, 13 Seemeilen Schräme, nicht zu vertiefen. Das ist eine schwere Aufgabe, die eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen dürfte. Da sie auf hoher See zu erfüllen ist, würde die Arbeit kein Bagger der üblichen Art leisten können. Der „Sieniec“ hat nicht die bekannten Bagger-Eimer an einem Leitwerk und keinen Drahm, der auf See leicht überflutet werden könnte, sondern ist ein ganz auf sich selbst angelegtes selbständiges Schiff. Er fährt mit 10 Seemeilen Geschwindigkeit in der Stunde allein zu seiner Arbeitsstätte. Dort wird von dem der Arbeit überhört nichts weiter sehen als die am Schiffsrumpf immer höher steigende Wasserlinie. Das eigenartige Schiff hat mitten im Rumpf einen mächtigen Einheitsst. An ihm bemerkt man ein tieferes „Rüffel“ mit einem Saugnapf an der Spitze, der über 15 Meter tief in das Wasser hineinrutschen kann, sich dann unter dem Schiffskörper in den Schlamm hineinbringt und ihn aufwürgt. Das geschieht durch eine große Kraiselpumpe; das mitgerissene Baggergut gelangt in den Vaderaum des Schiffes, der 3500 cbm Meereshöhe fassen kann. Das entspricht dem Inhalt von 450 Waggons, gleich 9 Gütern mit je 50 Güterwagen. Eine solche Menge vermag das Schiff fast sechsmal in zehnjährigen Arbeitszeit zu beseitigen. Anschließend muß der Vaderaum natürlich immer wieder entleert und das Baggergut an eine ungeschiebliche Stelle gebracht werden. Zum Entleeren braucht der Schiffsrumpf lediglich nach unten geöffnet zu werden. Starke Ketten, die 20 meißelartige Wedelplanen halten, werden etwas nachgelassen. Durch den darauf liegend geöffneten Schiffsboden fällt das Baggergut heraus. Das kann in wenigen Sekunden vor sich gehen, falls nicht infolge besonderer Hindernisse der Vaderaum vermittelst der Kraiselpumpe ausgepumpt werden muß. So vermag das Fahrzeug nach sachverständiger Berechnung in zehnjährigen Arbeitszeit 20 000 cbm Baggergut zu beseitigen, eine noch von keinem anderen Bagger aufgenommene Leistung. Die Danziger Bauunternehmer konnten sich für ein so großartiges Werk schaffen, weil sie sich dabei auf die Erfahrungen der Danziger Bagger- und Baggerer zu stützen vermochte. Die Abmessungen des „Sieniec“ betragen: Größe Länge 113,7 m, größte Breite auf Spanten 18,3 m und Seitenhöhe mittschiffs bis Hauptdeck 8,1 m. Während der Schiffskörper in Danzig hergestellt wurde, kommen die Maschinen, Kessel und die Baggeranlagen aus den Elbinger Werkstätten. Die völlige Fertigstellung wird noch bis gegen Ende des Jahres wahren. Dann ist die Ausrüstung des „Sieniec“ zunächst nach Pillau zu seinen ersten umfangreichen Probearbeiten vorgesehen. Später wird die Reize nach Schwabing mit eigener Kraft durchgeführt, für ein Baggerwerk, eine einseitige Reize, dieses in allem fast der „Sieniec“ ein gleichendes Zeugnis für die Hochwertigkeit Danziger und deutscher Schiffbau- und Ingenieurkunst ab.

Die Ostpalz ruft!

Wenn der Herbst seinen Generalquartiermeister für die Arme der Reisenden in den bunten Mänteln hätte, würde er den ersten, rechten Wanderfreunden, den Entdeckungsfreuden und Forschungsaffigen einen Standort auszuwählen, der ihnen die Schönheit des stehenden Jahres mit besonderer Eindringlichkeit in einem bisher unbekanntem Stück unseres Vaterlandes nahebringt. Er würde sie zu diesem Zweck in die Ostpalz führen, in das Land der Wehrburgen und Steine, der Kammwälder und -wälder, das gleichsam als „Herzstück“ den großen Urgebirgszug krönt, der vom Fichtelgebirge bis an die Ostsee bei Pillau reicht.

Der erste Abend des klaren Himmels und der milden Sonne ist eine Wanderung durch den hülligen Ostpalz. Was, durch diese einmalige Landschaft, die geradezu der Anbegriff der ausgeglichenen deutschen Kulturlandschaft ist, ein unergreifliches Erlebnis. Wohlgerückt, nicht durch die „Weinpalz“, durch die „Steinpalz“ in Bayerns Ostmark geht der Weg; der steinere Ernst der zahlreichen Burgen und Ruinen drückt dieser Grenzlandschaft ihr Siegel auf und macht sie darum so unergreifbar.

In einer Wiesen-, Heide- und Waldlandschaft, auf sorgsam gemalten Felsskulpturen, häufig wie herausgemahnen aus dem Granitgrund, erheben sich in den Seitentälern von Waldnaab und Fichtelnaab, „Prämon“ und „Schwäb“, im Dolmen vorm „Schönerwald“ Murbach, Trausnitz, die „Wernburg“, „Ecksteinberg“, „Böhrentraub“, „Waldsburg“, „Flossenbürg“ und als Wälder des Raab-Eger-Weges Falkenberg, Weichenstein und Parkstein am Waldfalge des gleichnamigen Berges. Vertraut zwischen ihnen liegen die kleinen, um die Kirche erstarrten Dörfer, mit Cotenbrettern am Seldweg malarische Waldkapellen liebliche Städtchen, in denen gute Schlafstätten billiges Quartier anbieten. Hier findet der Müde wirkliche Ruhe, und die liebevollste Aufnahme

der Grenzbesohner, die in jedem den Kameraden erblicken, der ihnen im wirtschaftlichen und wäldlichen Grenzkampf hilfreiche Hand leistet.

Wunderhohes Glück haben zu längerem Verweilen ein, vor allem Waldpalz, in dem die reiche Stillsand mit seiner berühmten Klosterkirche und Waldnaab in die Höhe, die die reiche gegen Wäldern, aber auch die vielen kleineren Orten, die in der Gegend, Winklern, Esarn, Röh, Ebnenberg, Schöner, Ober-Wiesbach und andere mehr bieten bequeme Standquartiere für Wanderungen nach allen Seiten. Weiden, die alte und neu-aufstrebende Stadt an der Schnellzuglinie Berlin-Regensburg-München ist die Haupteinigungsstelle zur Ostpalz; von hier führt auch der kürzeste Weg hinauf zum Grenzkamp, um in fast 900 Meter Höhe das neue „Hermann-Eller-Schutthaus“ auf der Silberhütte“ steht.

Von der Silberhütte geht's hinauf zum „Silbersee“ der Ostmark, über den sich die alte Höhenaufsteige Stollensberg, die schönste der Oberpfälzer Ruinen, erhebt und hinauf zum Schönerberg, am Schönerberg nach Süden, zum Winklernberg im Norden, zum Pflügstein mit seinem Rosenquarzfelsen und zu dem Waldkapellen im Stillsand, deren eigenartlic die dreistöckige Wallfahrtskapelle „die Koppel“ mit ihrem fremdartig anmutenden Rundbau ist.

Die „Goldene Straße“ nannte man einst den alten gewinnbringenden Handelsweg, der von Nürnberg über Wernau-Eger nach Prag führte und das Land um die Silberhütte durchkreuzte. Sind nicht heute alle Wege durch den herbstlichglühenden Waldbau der Oberpfalz „Goldene Straßen“? Und ist es nicht goldener Lohn und schönes Glück zugleich, sie hinauf und hinauf wandern zu dürfen unter den silbernen Eimmerwäldchen dieser Herbstmoose?

Dr. H. v. von Scheffelin-Alten.

